

Rosa Luxemburg

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG  
SACHSEN e.V.

Texte zur  
politischen  
Bildung H.31

Walter Friedrich

Einkommens-  
und Vermögenssituation  
in Deutschland

Ein West-Ost-Vergleich

Walter Friedrich

Einkommens-  
und Vermögenssituation in  
Deutschland

Ein West-Ost-Vergleich

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2004

ISBN 3-89819-188-5

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.

*Harkortstraße 10*

*04107 Leipzig*

*Telefon: (0341) 9 60 85 31*

*Telefax: (0341) 2 12 58 77*

*RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de*

Redaktion/Satz:Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH

Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

## **Inhalt**

Vorwort .....	5
1. Einleitung: Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge nach der Vereinigung .....	7
2. Vermögensverhältnisse .....	24
3. Einkommensverhältnisse .....	31
3.1. Gesamteinkommen .....	32
3.2. Arbeitseinkommen .....	37
3.3. Renteneinkommen .....	49
4. Schlussbemerkungen .....	57
5. Tabellenanhang .....	64
6. Literatur .....	68



## **Vorwort**

Im 14. Jahr nach der Wiedervereinigung herrscht hierzulande Übereinstimmung darüber, dass sich nach der anfänglichen Euphorie bereits Mitte der 90er Jahre eine nüchterne Einschätzung ihrer materiellen wie psychologisch-kulturellen Gewinne und Verluste durchgesetzt hat. Diese eher ambivalente Stimmung gewann dann von Jahr zu Jahr, insbesondere aber in jüngster Zeit einen zunehmend kritischen Charakter: bei Politikern, bei den Medien und – wie auch Meinungsumfragen belegen – bei der Mehrheit der Bevölkerung in West und Ost.

Völlig falsch wäre es jedoch, diese kritische Lagebefindlichkeit der Ostdeutschen als noch nachwirkende DDR-Nostalgie abzutun. Sie resultiert zweifellos primär aus den alltäglichen Erfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung, aus den Vergleichen ihrer eigenen realen Lebensverhältnisse mit denen der Westdeutschen.

Genau hier liegt der Ausgangspunkt unserer Untersuchung.

Wir wollen die West-Ost-Differenzen in verschiedenen finanziellen Bereichen auf der Grundlage repräsentativer Statistiken (18 Tabellen) genau analysieren und damit versuchen, ein Gesamtbild dieses Ausschnitts der objektiven Lebenslagen in Ost und West zu gewinnen, die das Denken und Verhalten der Menschen wesentlich beeinflussen. Damit könnte das Verständnis für die Spezifik von Mentalitäten und Reaktionsweisen in beiden Landesteilen, z. B. für die gegenwärtig wieder zu beobachtende höhere Protestbereitschaft im Osten, verbessert werden.

Die allgemeineren und vielschichtigen gesellschaftlichen Hintergründe werden in einem etwas längeren Einleitungskapitel und in den Schlussbemerkungen diskutiert, wobei zur Stützung der Beweiskraft wichtiger Aussagen häufig Expertenurteile herangezogen werden.

Wert gelegt wird auf eine allgemeinverständliche Darstellung der Probleme.

Mein Dank gilt der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, vertreten durch den Geschäftsführer, Prof. Klaus Kinner, für die Förderung des Projekts

sowie Dr. habil. Lutz Höll für die redaktionelle/satztechnische Bearbeitung und kenntnisreiche inhaltliche Beratung und besonders Prof. Joachim Tesch für seine fundierten kritischen Hinweise bei der Durchsicht des Manuskripts.

W. F.

## **1. Einleitung: Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge nach der Vereinigung**

Das Thema der finanziellen West-Ost-Unterschiede dürfte den Lesern weiß Gott nicht unbekannt sein. Und es wird ihnen vermutlich auch bekannt sein, dass es in jüngster Zeit wieder einmal in den Vordergrund geschoben worden ist. Denn es begleitet uns ja seit der Vereinigung permanent und gar nicht so selten in Form hitziger Debatten, die meist negativ-tendenziös gegen die Neubürger, die Ostdeutschen gerichtet sind. Zweifellos gehört es bis heute neben den Stasi-Bezeichnungen zu den Topthemen in den politischen wie aber auch in den medienvermittelten alltäglichen Diskussionen, ebenso in den persönlichen Gesprächen der Bevölkerung beider Landesteile. Wie könnte das auch anders sein in einer kapitalistischen Gesellschaft, wo sich letztlich alles ums goldene Kalb dreht, wo »in Geldfragen die Gemütlichkeit aufhört«, wo die Kapitalkräftigen die eigentlich Mächtigen sind, die sozial Schwächeren/Unterlegenen dominiert, übervorteilt werden. Wo sich sozialpolitische Reformen in der Regel als finanzielle Umverteilungen von unten nach oben erweisen, mögen sie propagandistisch noch so geschickt verpackt daher kommen.

So liegt auf der Hand, dass der Vergleich finanzieller Indikatoren im Vereinigungsprozess von Anfang an auch als wichtiges politisch-ideologisches Instrument, als »Keule« in den Verteilungskämpfen zwischen Ost und West bei der Sicherung der Macht, der Überlegenheit kapitalkräftiger Schichten von Westdeutschen gegenüber den benachteiligten Ostdeutschen gepflegt und angewandt wurde. Demzufolge werden auf diesem Gebiet besonders zahlreich typische Stereotypen im Sinne der sozialpsychologisch gut bekannten Tendenz zur Idealisierung der Eigengruppe bzw. zur Abwertung/Denunzierung der Fremdgruppen oder entsprechend anderer interessengeleiteter Legenden und Mythen gepflegt – sowohl in den Medien, aber auch in den politischen Debatten bis hin zum Bundestag immer wieder verbreitet, wodurch sie schließlich als (unreflektierte) Selbstverständlichkeiten von weiten Teilen der Bevölkerung geglaubt werden. Im Westen noch häufiger als im Osten, weil



sie ja dort mit den seit Jahrzehnten eingewurzelten antikommunistischen Vorurteilen – darunter von dem angeblich intelligenteren, fleißigeren, weltgewandteren Wessi und dem weitaus weniger intelligenten, eher faulen, hinterwäldlerischen und duckmäuserischen Ossi – verquickt sind.

So kann man »drüben« einfach nicht begreifen (wie Alltagsgespräche selbst unter der West-Ost-Verwandtschaft immer wieder zeigen) dass der Osten – trotz großer Kapital-Transferleistungen aus den alten Bundesländern, einerseits doch nicht so recht auf die Beine kommt, andererseits aber die Ostdeutschen, wie man meint, über ihre Verhältnisse hinaus gut »abgepolstert« sind, z. B. die Arbeitslosen vom Bund bestens versorgt werden, die Rentner sogar höhere Rentenbeträge als die im Westen ausgezahlt bekommen etc. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den beiden Landesteilen scheint den Westdeutschen vielfach schon erreicht, manchmal im Osten schon zu besseren sozialen Bedingungen geführt zu haben als man sie im Westen zu haben glaubt. Anderslautende Meinungen der Ostdeutschen werden als typisches Ossigejammer hingestellt, mit denen diese nur noch mehr Westunterstützung erbetteln möchten. So die gängigen Vorurteile.

Kürzlich konnte diese Haltung erneut bei einer Medienkampagne »auf hohem Niveau« beobachtet werden. Anfang April 2004 erschien »Der Spiegel« (Heft 15) mit der Aufmachung »1250 Milliarden Euro – Wofür?« Und im Untertitel: »Wie aus dem Aufbau Ost der Absturz West wurde«. Das dazugehörige Titelbild symbolisiert eine bereits zur Hälfte verdorrte deutsche Eiche. Damit gerieten die neuen Bundesländer wieder einmal, und jetzt in besonders denunzierender Weise in die Schlagzeilen. Man kann annehmen, dass die damit angeheizte Debatte nicht sogleich verschwinden, sondern gerade in unserer Zeit noch lange als propagandistische Verstärkungsaktion (im Sinne einer psychologischen Konditionierung ) der Ostabwertung gebraucht und nachwirken wird.

»Der Spiegel« hat in Auswertung eines von der Regierung in Auftrag gegebenen internen Berichts der sogenannten »von Dohnanyi-Kommission« das Thema mit dem provokanten Begriff »Tabuzone Ost« eingeleitet, offensichtlich um von vornherein bei westdeutschen Lesern hintergründig eine Assoziation zur Ostzone bzw. der von Adenauer so genannten »Soffjetzone« herzustellen. Den Älteren wird noch in Erinnerung sein, wie viel Abwertung, Diffamierung und Hass gegenüber der sowjetisch besetzten Zone, später der DDR mit diesem Terminus noch bis Ende der 60er Jahre zum Ausdruck gebracht wurde. (Übrigens hatte

der »Spiegel« schon im Jahre 1996 einen Vorläufer zur selben Thematik gestartet: »Das Ende der Blüenträume. Absturz Ost«.)<sup>1</sup>

Die zentralen Aussagen dieser (auf 13 Seiten) breit angelegten und zugespitzt formulierten Attacke im Spiegel sind:

- Der Aufschwung Ost hat trotz der enormen Förderleistungen des Westens nicht das gebracht, was von ihm erwartet worden ist, die Ostdeutschen sind viel zu inkompetent und verschwenderisch mit den Transfermilliarden umgegangen, haben durch ihr Missmanagement zahlreiche Großprojekte in den Sand gesetzt (waren das nicht in den meisten Fällen die aus dem Westen importierten Projektberater und Behördenchefs?), und sie haben durch ihre aus der DDR geerbte Vollkaskomentalität zu hohe Beträge in die Sozialleistungen gesteckt.
- Werde diese Strategie der Einheitspolitik fortgesetzt, so behauptet der Spiegel, dann drohe dem Westen ein wirtschaftliches Desaster. »Der Osten steht still und der Westen stürzt ab, weil er die Milliardentransfers längst aus der eigenen Substanz begleichen muss«. Denn die West-Ost-Transfers seien »zu etwa zwei Dritteln für die heutige Wachstumsschwäche Deutschlands direkt oder indirekt ursächlich«.<sup>2</sup>
- Daher müsse der Westen schnell von den wie an einem Dauertropf hängenden neuen Bundesländern abkommen und diese endlich zu einer wirtschaftlich selbsttragenden Region befähigen. Sie sollten zu einer »Sonderwirtschaftszone« entwickelt werden. »Von der Ostzone zur Billiglohnzone«, heißt es bezeichnenderweise auf einem im »Spiegel« abgebildeten Plakat!

Auf diese Aussagen, besonders auf das Reizwort von den 1.25 Billionen Euro, die der Aufbau Ost dem Westen bisher gekostet haben soll, hat sich bisher die kritische Diskussion fokussiert.

Mich haben jene Statements angeregt, dieser Problematik weiter nachzugehen. Dabei werde ich mich jedoch nur auf ein engbegrenztes Thema konzentrieren, nämlich die in der Literatur ausgewiesenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse im Hinblick auf die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen einer Sekundäranalyse zu unterziehen.

Bevor ich dazu komme, möchte ich mich aber mit den vom Spiegel behaupteten West-Ost-Transferprozessen kritisch auseinander setzen. Das erscheint geboten, weil es sich hier um sehr komplexe politische

---

1 »Der Spiegel« (1996)25.

2 Siehe »Tabuzone Ost«. In »Der Spiegel« (2004)15. S. 25ff.

und ökonomische Rahmenbedingungen für das Zustandekommen der Einkommens- und Vermögensdifferenzen handelt, vor allem aber, weil ich meine, die finanzielle Transferproblematik wird im »Spiegel« wie überhaupt in unserer Öffentlichkeit sehr undifferenziert, einseitig, nicht selten die Wirklichkeit demagogisch verschleiern dargestellt. Zwar ist das für viele der gegenwärtigen Debatten zu diesem Thema bezeichnend, doch sollte das bei einem so angesehenen Nachrichtenmagazin wie es »Der Spiegel« ist, als unseriös gelten und ausgeschlossen sein.

Unter bestimmten Aspekten betrachtet kann diese horrende Zahl von 1,25 Billionen Euro den staatlichen Transferstrom von West nach Ost durchaus korrekt bezeichnen. Doch hat eine solche pauschale Zahl aber nur einen sehr begrenzten Aussagewert und kann keinesfalls als jene Summe betrachtet werden, die dem Osten vom Westen seit der Vereinigung »zur Verfügung gestellt«, ihm als »Entwicklungshilfe« geleistet worden ist. Dies sind *keinesfalls* die »Kosten der Einheit«, die der Westen bisher aufgebracht hat. Hier muss genauer definiert werden, für welche Zwecke gewisse Teilsummen bestimmt waren und noch sind. Und vor allem muss untersucht werden, welche Teilsummen wieder von Ost nach West zurückgeflossen, dort allerdings vorwiegend auf nicht-staatlichen, also auf privaten Konten gelandet sind bzw. noch landen. Gerade diese wechselseitigen Finanzströme werden nur selten gegenseitig aufgerechnet, sie werden all zu oft nicht ausreichend berücksichtigt oder sogar ganz verschwiegen.

Wir können uns hier selbstverständlich nicht auf Details einlassen, sondern wollen uns nur auf zusammenfassende Aussagen und allgemeine Trends beschränken. Danach ist zu unterscheiden zwischen den staatlichen Finanztransfers des Bundes, der Länder und Kommunen, der Europäischen Union, die speziellen Zwecken des Aufbaus Ost dienen sowie den gesetzlich geforderten Sozialleistungen, insbesondere den Zahlungen der Rentenversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (die jedoch nicht als Ostförderung bewertet werden können, weil sie laut Grundgesetz in jedem Falle für deutsche Bürger bereitgestellt werden müssen).

Leider werden von verschiedenen staatlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen teilweise sehr unterschiedliche Daten über diese Förderungssummen angegeben, die Siegfried Wenzel, bis 1989 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, in seiner Analyse so kommentiert: »Ein überraschendes Ergebnis der Diskussionen über Umfang und Rolle der West-Ost-Transfers besteht darin, dass weder regierungsoffiziell, noch von wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Ämtern exakte übereinstimmende Angaben über

den Gesamtumfang der tatsächlichen Transferzahlungen vorliegen... Die Angaben über den Umfang der West-Ost-Transfers in den 90er Jahren schwanken zwischen 400 und 1.300 Milliarden DM. Das heißt, die Angaben schwanken zwischen 40 und 150 Milliarden DM jährlich.<sup>3</sup>

In Übereinstimmung mit der Deutschen Bundesbank betont das »Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung« für das Jahr 1998, dass nur »grob geschätzt von den Finanztransfers (EU-Hilfe eingeschlossen) etwa 35 bis 40 Milliarden DM auf echte Sonderleistungen Ost entfallen.«<sup>4</sup> Die Bundesregierung gab dagegen für 1998 eine Pauschalsumme von 141 Milliarden Ostförderung an.

Was in den 90er Jahren für DM-Beträge galt, dürfte sich heute für die in Euro gemessenen nicht wesentlich unterscheiden. Kaum glaubhaft, dass solche Milliardensummen – auf statistisch außergewöhnlich präzise und detailliert erforschten Gebieten – derartig extrem unterschiedlich klassifiziert werden können, was fast schon einem Jonglieren nahe kommt. »Der Spiegel« aber berücksichtigt diese Unsicherheiten und Widersprüche noch heute in Heft 15/2004 kaum, von wenigen marginalen Bemerkungen dort abgesehen.

Und wo bleiben die Gegenrechnungen, also die in umgekehrter Richtung zurücklaufenden Finanzströme? Wo bleiben die Auflistungen der unerhörten Milliardengewinne der westdeutschen Seite als Folgen der Vereinigung in den 90er Jahren? Wo wird wenigstens erwähnt, dass auch die Ostländer ihren Solidarbeitrag von Anfang an entrichtet haben? Ihr Anteil an dem gemeinsamen Fonds darf nicht einfach unterschlagen werden. Wir wollen jetzt diese Fragen näher untersuchen.

### *Über die von Ost nach West verlaufenden Gewinnströme*

Hier verlässliche Aussagen zu machen, ist schwierig, denn korrekte und verallgemeinerungsfähige Daten sind selten aufzufinden und treten in

---

3 Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 10 u. 12. Vgl. dort die Tabelle auf S. 13 mit einer genauen Aufschlüsselung der Transfers auf die einzelnen Jahre seit 1990. Sehr informativ auch Harry Nick: Die Schulden der Ostdeutschen. In: Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999; Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002; Christa Luft: Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand. Zürich 1996 und vor allem Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«: Ostdeutschland im 14. Jahr der Einheit – Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik ist notwendig! Berlin 2004. URL: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3104.pdf> [im folgenden Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«].

4 Siehe Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 16; weitere Expertenurteile ebenda S. 10–22.

öffentlichen Diskussionen kaum zutage. Dies obwohl jedermann leicht nachvollziehen kann, dass ein Großteil der staatlichen Transferkosten an privat geführte Herstellerfirmen der Industrie oder Landwirtschaft bzw. der Handelsunternehmen in den alten Bundesländern als Erlöse aus den im Osten verkauften Gütern wieder westwärts zurückfließen. Warum wird das oft unterschlagen oder nur in Fußnoten erwähnt?

Greifen wir hier als ein Beispiel die schnelle Eroberung des ostdeutschen Marktes heraus. Der DDR-Markt verfiel schon kurz nach der Wende und wurde endgültig mit der Währungsreform Mitte 1990 von Westfirmen und -handelsketten dominiert. Die Handelsbetriebe der DDR konnten dem Druck der übermächtigen Westunternehmen nicht widerstehen, lösten sich auf, wurden bestenfalls billig aufgekauft. Dies erwies sich erwartungsgemäß als ein big-business für die Industriekonzerne, Supermärkte, Versandhäuser, Banken und Versicherungen des Westens, was auch an deren großen Umsatzsteigerungen sowie in den Statistischen Jahrbüchern des Bundes seit 1991 eindeutig nachweisbar ist. Dort kann ein bis heute fortdauernder jährlicher Gewinnschub von etwa 7% registriert werden! Wolfgang Richter schreibt, dass auf diese Weise »allein die Banken seit 1990 einen Gewinn von 150 bis 200 Mrd. DM erzielt haben«<sup>5</sup>.

Der neu hinzugekommene Ostmarkt führte also zu einem Verkaufs- und Gewinnboom im Westen, der dort seinerseits noch die Neueinrichtung von weit über einer Million Arbeitsplätze bedingte. Im Jahresarbeitsmarktbericht Ostdeutschland 1995/96 der SPD-Bundestagsfraktion heißt es dazu: »Allein die westdeutschen Lieferungen nach Ostdeutschland haben 1994 eine zusätzliche Produktion bzw. Beschäftigung in den westdeutschen Ländern in einer Größenordnung von 5–7% des Bruttoinlandssozialproduktes bzw. 1,4–1,9 Millionen Arbeitsplätze gesichert«<sup>6</sup>. Die neuen Arbeitsplätze dieses Umfanges haben sich verständlicherweise zusätzlich in bedeutenden Mehreinnahmen bei Lohn- und Gewerbesteuern für Bund, westdeutsche Länder und Kommunen niedergeschlagen! Das heißt, ein bis heute anhaltender bedeutender Kompensationsfaktor für die staatlichen Transfers in die Ostländer, der aber so gut wie nie erwähnt wird.

In der von der »Arbeitsgruppe ›Perspektiven für Ostdeutschland« (im folgenden kurz »Arbeitsgruppe« genannt) verfaßten Arbeit wird

---

5 Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 11.

6 Zitiert nach »Neues Deutschland« vom 2. April 1994.

festgestellt, dass dadurch im Westen »Steuer- und Beitragseinnahmen von jährlich über 40 Milliarden Euro zusätzlich entstehen. Von 1991 bis 2003 sind das rund 500 Mrd. Einnahmen aus Steuer und Sozialabgaben, die den Finanztransfers gegen gerechnet werden müssen«. So würden sich von den 1.250 Mrd. Brutto-Transfers zwischen 1991–2003 ca. 800 Mrd. Netto ergeben.<sup>7</sup>

### *Riesige Vermögensgewinne auf dem ostdeutschen Immobilienmarkt*

Auch auf diesem Felde konnten Westdeutsche, besonders in den ersten Jahren nach der Vereinigung äußerst profitable Geschäfte machen und ihr Vermögen aufstocken.

Schon im ersten Halbjahr 1990, als sich die Chance der Vereinigung abzeichnete, haben Firmen, Maklergruppen und reiche Privatpersonen aus dem Westen umfangreiche und professionell angelegte Suchaktionen nach attraktiven Grundstücken bzw. Immobilien gestartet, um sich rechtzeitig günstige Ausgangspositionen für vorteilhafte Erwerbungen zu verschaffen. Sie wurden später tatsächlich dafür reichlich belohnt, denn die ersten Interessenten konnten die von ihnen ins Auge gefassten Objekte extrem billig erwerben (oft danach zu wesentlich höheren Preisen weiter verkaufen). Doch waren sie vor allem auch Nutznießer staatlicher Subventionen. Der Staat förderte ja von Anfang an im Interesse eines schnellen Aufbaus Ost solche Kaufabsichten mit sehr lukrativen Steuergeschenken. Mit der sog. »Sonderabschreibung Ost« konnten solche Investoren im ersten Jahr nach dem Kauf mit einem Steuernachlass von bis zu 50% rechnen, in den späteren 90er Jahren immer noch mit 10 bis 40% Steuerabschreibungen. Das führte zwar einerseits zu hohen Einbußen des staatlichen Steuereinkommens in zweistelliger Milliardenhöhe (vor allem bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer). Andererseits aber wurden dadurch die wertvollsten Gebäude in günstigen Stadt- oder Landschaftslagen der neuen Bundesländer schnell in die Hände kapitalkräftiger Westinvestoren überführt. Die Zentren der meisten ostdeutschen Großstädte befinden sich seit Mitte der 90er Jahre zwischen 70 bis 90% in den Händen westdeutscher oder ausländischer Kapitalbesitzer. Profitablere Anlagen ihres Geldvermögens mit solch hohen Subventionsgeschenken konnten diese sich kaum wünschen! Sie machten dementsprechend auch regen Gebrauch von diesen Möglichkeiten, wobei ihre Geschäfte nicht selten mit krimineller Energie betrie-

---

7 Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«. S. 16.

ben und teilweise auch mit hohen Verlustgeschäften, gelegentlich sogar bis in dreistellige Millionenhöhen oder darüber hinaus verbunden waren (Beispiel: der »Baulöwe Schneider« in Leipzig).

Gleichzeitig florierete das Baugeschäft, das ebenfalls staatlich hoch subventioniert wurde. So entstanden überall bald Supermärkte, Bürogebäude, Gewerbeparks, aber auch Wohnungsanlagen, vielfach jedoch planlos, unkoordiniert, sodass es häufig zu Überkapazitäten kam, was besonders bei Bürobauten massenhaft in unvermietbarem Leerstand seinen Ausdruck fand. In Leipzig standen über viele Jahre hinweg bis zu 30% aller neugebauten Büroflächen leer, erst in letzter Zeit verringert sich der Anteil ungenutzter Büroräume langsam um ein paar Prozent. Was für eine sinnlose Verschwendung von Steuermitteln durch eine falsche, unkontrollierte staatliche Subventionspolitik – letztlich auf Kosten der »gemeinen Steuerzahler« aus West und Ost.

An dieser Stelle sind auch die zu Hunderttausenden kostenlos oder wiederum sehr billig erworbenen Häuser und Grundstücke einzuordnen, die im Rahmen des lange umstrittenen, dann aber vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossenen Gesetzes »Rückgabe vor Entschädigung« den überwiegend westdeutschen Alteigentümern überlassen werden mussten. Die betroffenen Ostdeutschen, die ihre Häuser vor Jahrzehnten im allgemeinen nach DDR-Recht redlich erworben hatten, mussten das als eine spezielle Form der Enteignung erleben. Für die Westdeutschen, denen eine Rückerstattung zuerkannt wurde, erwies sich das als ein beträchtlicher Vermögenszuwachs. Von den über zwei Millionen Immobilien, die von Alteigentümern zur Rückübertragung beansprucht worden sind, wurden damals 24%, das sind über 400.000 Objekte, zurück gegeben. Wolfgang Richter schätzt, dass diese einen Wert von 50 bis 100 Milliarden DM besaßen.<sup>8</sup> Damals hat selbst »Der Spiegel« solche Bereicherungsprozesse kritisch gesehen, wenn er in 1997 titelte: »Fehlsteuer Ost – Mit dem größten Steuergeschenk aller Zeiten wollte der Staat den Aufbau Ost fördern und mehrte statt dessen das Vermögen cleverer Westler.«<sup>9</sup>

Heute scheint das alles nur noch Schnee von gestern und längst vergessen zu sein. Offenbar geht es gegenwärtig um andere politische und wirtschaftliche Ziele, die eben auch Journalisten neue Konzeptionen und tendenziöse Sichtweisen nahe legen.

---

8 Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 10.

9 »Der Spiegel« (1997)46. S. 34.

*Die Treuhandanstalt – ein Rabatt-Kontor für den Schlussverkauf des DDR-Staatsvermögens*

Die bisher dargestellten Transfervorgänge von West nach Ost und umgekehrt können nicht losgelöst von den zugrundeliegenden Zerfalls- und Liquidierungsprozessen der DDR-Volkswirtschaft betrachtet werden, die ja nahezu vollständig sozialistisches Staatseigentum war.

Diese Eigentumsform aufzulösen und deren Strukturen zu zerschlagen war das entscheidende Ziel der Politik, es wurde einer Treuhandagentur übertragen. Deren Hauptaufgabe war, die über 15.000 staatseigenen Betriebe wie auch die 2,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und die 2 Millionen Hektar Forstfläche zu privatisieren, gegebenenfalls zu sanieren oder »abzuwickeln«, also aufzulösen. Der Anteil des öffentlichen Eigentums, des »Volkseigentums« war in der DDR mit ca. 80% sehr hoch, im Vergleich zu 17% im Westteil.<sup>10</sup>

Die DDR-Volkswirtschaft war schon in der Endzeit des Systems schwer erschüttert, litt unter erheblichen Produktionsrückgängen, war in vielen (aber durchaus nicht in allen!) Branchen technologisch im Rückstand, teilweise in einem herunter gewirtschafteten Zustand und konnte der übermächtigen westdeutschen Industrie nicht standhalten. Doch das Gerede, die DDR-Wirtschaft sei 1989 nur noch eine marode, verschrottungsreife Industrie-Ruine gewesen, diente als Propagandaklischee, womit die billige Verschleuderung bei der Privatisierung gerechtfertigt werden sollte.<sup>11</sup>

Nach der Währungsunion fielen die Ostmärkte weg und die westlichen Konzerne hatten ein leichtes Spiel, sich dieser in Selbstauflösung befindenden Konkurrenz zu entledigen. Unterstützt von der Treuhand und der Politik wurde ihr mit gewohnt deutscher Gründlichkeit ein »kurzer Prozess« gemacht.

Zur Disposition standen gigantische Summen. Der erste Präsident der Treuhand, Detlev Rohwedder (der schon nach einem Monat Amtszeit einem Attentat zum Opfer fiel), und wohl nicht im Verdacht stehen konnte, das DDR-Vermögen übertrieben zu haben, hat es auf etwa 600 Milliarden DM geschätzt. Und Siegfried Wenzel, der es von seiner

---

10 Harry Nick: Die Schulden der Ostdeutschen. In: Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 123.

11 Ausführlicher dazu bei Karl Mai / Klaus Steinitz: Ostdeutschland auf der Kippe. Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus (2004)1; Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003; Christa Luft: Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand. Zürich 1996.



Funktion bei der Staatlichen Plankommission ziemlich genau wissen müsste, nennt für das Jahr 1988 etwa 1.200 Milliarden DDR-Mark als Vermögenswert der produktiven Bereiche der DDR-Volkswirtschaft, was man als annähernden Korrespondenzwert zwischen DM und DDR-Mark gelten lassen kann. Zusätzlich wurden die Vermögenswerte der Nationalen Volksarmee der DDR noch auf etwa 200 Milliarden Mark geschätzt (Schiffe, Flugzeuge, Waffen, Liegenschaften wie Flugplätze, Hafenanlagen etc.) Als sehr glaubwürdig kann wohl in diesem Zusammenhang das »Deutschlandpapier« des Willy-Brand-Arbeitskreises von Ende 1997 gelten, in dem es heißt: »Das Produktionsvermögen, d. h. der Wert des Kapitalstocks, den die DDR hinterlassen hat, beträgt nach seriösen Schätzungen etwa 450 Milliarden DM«. <sup>12</sup>

Was aber hat die von Frau Breuel autoritär und sehr einseitig auf Privatisierung gerichtete Treuhandanstalt aus diesem doch unlegbar »ansehnlichen« staatlichen Produktionsvermögen der DDR herausgeholt? Als die Treuhandchefin Ende 1994 die Arbeitsbilanz der knapp vierjährigen Tätigkeit ihrer Behörde zog, musste sie ein katastrophales Ergebnis eingestehen. Aus dem eben genannten Kapitalstock wurde lediglich ein Reinerlös von sage und schreibe 73 Milliarden DM erwirtschaftet. Aber weitere 337 Milliarden wurden

- zur »unternehmerisch-finanziellen Sanierung« einschließlich der Kostenübernahme bei Stilllegungen und Privatisierung aus der Abwicklung;
- zur ökologischen Sanierung zahlreicher Betriebe;
- zur Begleichung von Altkrediten<sup>13</sup> genutzt;
- als »sonstige Kosten«, d. h. Kosten für das Funktionieren der Behörde selbst, werden »bescheidene« 38 Mrd. genannt<sup>14</sup>.

Daraus wird klar ersichtlich, in welchem großem Umfang die Treuhand die interessierten Käufer/Investoren mit Krediten angelockt und offensichtlich für deren Kaufabsichten häufig reichlich belohnt, sicher in nicht wenig Fällen mit dem Vermögen der sonst so gescholtenen »maroden DDR« geradezu bestochen hat. Die Treuhänder haben also

---

12 Zitiert bei Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 67.

13 Zum Problem der Altschulden/Altkrediten der DDR vgl. Harry Nick: Die Schulden der Ostdeutschen. In: Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 135ff.; Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 55ff.; Ilona Wiesenjahn: Die Übernahme des ostdeutschen Bankensystems – Ein Milliardengeschäft für westdeutsche Großbanken. In: ICARUS. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte 4(1998)3. S. 5ff.

14 Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 65.

dem Schinken noch ein Salamipaket hinterher geworfen. Oder wie Nick es ausdrückt: Es war so, »als ob ein Gebrauchtwagenhändler beim Verkauf eines Autos noch ein paar tausend DM zum Dank drauf legt, dass sich für den alten Karren noch ein Käufer gefunden hat«.<sup>15</sup>

Werden die 73 Milliarden DM Reingewinn mit den verausgabten 337 Milliarden Sanierungskrediten verrechnet, die ja als Verluste zu buchen sind, dann ergibt das für den Gesamt-Geschäftsbericht der Treuhand einen *Defizitbetrag von 260 Milliarden DM!*

Zumindest hier taucht die Frage auf: Warum wurde die Treuhandanstalt nicht selbst regresspflichtig für diejenigen Verluste gemacht, die sie nachweisbar verschuldet hat. Genügend Beispiele dieser Art, wo Objekte unter Wert verkauft worden sind, waren doch lange in der öffentlichen Diskussion. Gab es in der Satzung der Treuhand dazu keine verbindlichen Festlegungen, die vom Bundesfinanzministerium hätten kontrolliert werden müssen? Wenn nein, warum nicht? Solche »Fehler« haben ihre gewichtigen politischen Gründe. Man wollte wahrscheinlich die Privatisierung schnell und ohne großes Aufsehen über die Bühne bringen.

Was für unsere Betrachtung noch von besonderer Bedeutung ist: die privatisierten Objekte, zu denen im allgemeinen die höher bewerteten Industrieanlagen und Grundstücke der Kombinate und Großbetriebe gehören, wurden mehrheitlich von westdeutschen Kapitalträgern gekauft – und zwar meist zu extremen Billigpreisen. In den Genuss solcher vorteilhaften Erwerbungen kamen

- 85% westdeutsche,
- 10% ausländische und nur
- 5% ostdeutsche Käufer.

Den Ostdeutschen fehlte es nicht etwa an Interesse, sondern natürlich an dem notwendigen Kapital.

Somit fand auch hier eine Art Enteignung statt – infolge der völlig disparaten »Wettbewerbsbedingungen« der west- bzw. ostdeutschen Kaufinteressenten.

Diese fatale Defizitbilanz der Treuhand steigerte die landesweit heftige Kritik an den seit langem schon öffentlich diskutierten skandalösen Geschäftspraktiken der Treuhandanstalt. Dazu einige Stimmen kompetenter Kritiker:

- Christa Luft, Wirtschaftsministerin des Modrow-Kabinetts und in dieser Funktion Mitgründerin der Treuhand, hat die Arbeit dieser Be-

---

15 Harry Nick: Die Schulden der Ostdeutschen. In: Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 131.

hörde unmittelbar und kritisch verfolgt. Ihr Urteil: »Noch nie wurde eine ganze Volkswirtschaft mit 16 Millionen Menschen in weniger als fünf Jahren privatisiert, noch nie wurden so viele Staatsunternehmen in so kurzer Zeit verkauft. Noch nie wurde aber auch in Friedenszeiten so viel industrielle Kapazität in so kurzer Zeit vernichtet.«<sup>16</sup>

– »Die Privatisierung des produktiven Vermögens der DDR kam tatsächlich einer »Verramschung« gleich. Sie vollzog sich ohne Kontrolle, sie war ein Tummelplatz von Lobbyisten zur Ausschaltung von potentiellen Konkurrenzunternehmen, von Abzockern, Glücksrittern und kriminellen Elementen«.<sup>17</sup>

– »Als eine Folge der Privatisierung des ehemaligen Volkseigentums durch die Treuhandanstalt entsprechend den Interessen des westdeutschen Kapitals ergibt sich die Marktdominanz von Unternehmen in westdeutscher oder ausländischer Hand«.<sup>18</sup>

– Egon Bahr urteilt 1996: »Ich kenne kein Volk auf Erden, das so enteignet worden ist«.<sup>19</sup>

Mit der Auflösung der Treuhandanstalt war die Volkswirtschaft der DDR im wesentlichen ausgelöscht, zurück blieb großflächig ein de-industrialisierter deutscher Osten, dessen weitere Entwicklung bis heute auf einige moderne industrielle Zentren, auf »Leuchttürme« begrenzt ist.

Fragen wir nun: Was ist an dem Reizwort der *1,25 Billionen Euro* wirklich dran? Nach unserer bisherigen kritischen Untersuchung kann man feststellen: Damit wird lediglich die pauschale Bruttosumme *staatlicher* Transferzahlungen bezeichnet, die seit der Vereinigung nach dem Osten geflossen sind. Eine differenzierte Betrachtung zwingt zu bedeutenden Relativierungen, die wir hier zusammenfassend benennen wollen.

*Erstens* sind hier neben den Mitteln der gezielten Förderung des Aufbaus Ost (vor allem infrastruktureller/kommunaler Projekte) jene zu nennen, die der Sicherung allgemeiner gesetzlicher Aufgaben, insbesondere der Sozialpolitik (z. B. der Ausgaben für Kranken- und Rentenkassen, für Arbeitslose, für Kinder- und Wohngeld) dienen. Diese Milli-

---

16 Christa Luft: Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand. Zürich 1996. S. 12.

17 Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003 . S. 68.

18 Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«. S. 4.

19 Zitiert bei Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 9.

ardenbeträge dienen anderen Zwecken und können nicht der Ostförderung zugerechnet werden.

*Zweitens* ist zu beachten, dass ein Großteil der staatlichen Förderungsmittel wieder in die Kassen privater (nichtstaatlicher) Firmen oder Unternehmer westwärts zurückfließt. Sie kamen letztlich einem »Aufbau West« zugute.

Daher kann bei einer West-Ost-Bilanz nicht außer Acht gelassen werden:

- dass mit dem Verkauf bzw. der Liquidation der DDR-Volkswirtschaft durch die Treuhand Anfang der 90er Jahre immense Gewinne von privaten Unternehmen oder Einzelpersonen im Westen eingefahren werden konnten;
- dass dieselben Kreise auch zu sehr günstigen Preisen, dazu noch bedient mit hohen staatlichen Subventionen, attraktive Immobilien sowie Grund und Boden erwerben konnten;
- dass andere zu Hunderttausenden den Vorzug rückerstatteter Gebäude und Landflächen, teilweise kostenfrei zugesprochen, genießen konnten.

Ulrich Busch beschreibt die Aufgliederung des staatlichen Budgets der Ostförderung für 2003 wie folgt: »Knapp die Hälfte der Finanztransfers aus öffentlichen Kassen sind Sozialausgaben, etwa ein Drittel Aufwendungen für Einrichtungen des Bundes, der Länder und Kommunen. Für die Infrastruktur wurden im vergangenen Jahr 13% und für die Wirtschaftsförderung 9% ausgegeben«.<sup>20</sup> Nur wenn man diese Relationen in den West-Ost-Bilanzen berücksichtigt, kann man das vielschichtige Transfersgeschehen in seiner Komplexität annähernd durchschauen, auch wenn es zugegebenermaßen schwierig ist, bei den Rückflüssen im privaten Sektor exakte Wertangaben zu erhalten.

Deshalb sollen hier einige verlässlich erscheinenden Expertenmeinungen zitiert werden:

- Die Finanzminister der neuen Bundesländer kamen nach einer Analyse im Jahre 1996 zu der klaren Feststellung: »Es wird deutlich, dass die jährlichen Transfers, bereinigt um gesetzliche Leistungen und reine Bundesaufgaben, nur etwa die Hälfte der ausgewiesenen Bruttotransfers ausmachen [...] Die Behauptung, der jährliche Bruttotransfer für den

---

20 Ulrich Busch: Die Waren kommen, die Menschen gehen. In: »Freitag« vom 16. April 2004. Vgl. dazu die Angaben von R. Kreckel (Reinhard Kreckel: Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Michael Bayer / Sören Petermann (Hg.): Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel. Festschrift für Heinz Sahner. Wiesbaden 2004).

Osten belaufe sich auf 200 Mrd. DM ist damit entkräftet, da sie weder die Rückflüsse aus den neuen Ländern noch eine differenzierte Betrachtung der Bruttotransfers berücksichtigt«. <sup>21</sup>

– Das Hallenser Institut für Wirtschaftsforschung schreibt nach Berechnungen für 1996: »Im Jahre 1997 wird das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt um rund 7% über dem Wert liegen, der sich bei Fortschreibung der Trends 1979/89 ergeben hätte. Dies ist in wirtschaftlicher Hinsicht der Vereinigungsgewinn für Westdeutschland. Der Vereinigungsgewinn übersteigt die Transferzahlungen, die Westdeutschland zugunsten Ostdeutschlands leistet (Größenordnung 150 Mrd. DM)«. <sup>22</sup>

– Michael C. Burda und Ulrich Busch kritisieren in der Zeitschrift »Konjunkturpolitik« die simplifizierende Sicht auf West-Ost-West-Transfers so: »Das bemühte Bild des »Am-Tropfe-Hängens der Ostdeutschen ist falsch und irreführend. Am Tropf sind die Ostdeutschen nur eine Zwischenstation; wesentliche Nutznießer sind die Westdeutschen, speziell die westdeutschen Unternehmer, Banken und Versicherungskonzerne«. <sup>23</sup>

– Der ehemalige Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau hebt 1996 hervor: »In Wahrheit waren fünf Jahre Aufbau Ost das größte Bereicherungsprogramm für Wesdeutsche, das es je gegeben hat«. <sup>24</sup>

– Gunnar Winkler, Sozialforscher und Präsident der Volkssolidarität, meinte sarkastisch: »Die Ostdeutschen sind inzwischen die Bevölkerung in Europa, der am wenigsten von dem Territorium gehört, auf dem sie wohnt«. <sup>25</sup>

Diese Urteile stützen unsere Beschreibung der komplexen wechselseitigen West-Ost-Zusammenhänge und warnen vor den simplen Vereinfachungen mit pauschalen »Megazahlen«.

---

21 Zitiert bei Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 14.

22 IWH: Aktuelle Trends - Westdeutschland: Bruttoinlandsprodukt nach der deutschen Vereinigung auf höherem Niveau. In: Wirtschaft im Wandel. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (1996)13. S. 2.

23 Michael Christopher Burda / Ulrich Busch: West-Ost-Transfers im Gefolge der deutschen Vereinigung. In: Konjunkturpolitik – Applied Economics Quarterly. Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung 47(2001)1.

24 »Die Welt« vom 4. Dezember 1996.

25 Gunnar Winkler: Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin 1992. S. 21. Weitere Expertenerurteile bei Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 86–96; Karl Mai / Klaus Steinitz: Ostdeutschland auf der Kippe. Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus (2004)1. S. 14ff.

»Der Spiegel« hat in seiner Stellungnahme gar nicht erst versucht, sich auf diese Probleme einzulassen, er hat deshalb nur – sicher im Verfolgen bestimmter politischer und journalistischer Zwecke – die Billionenzahl auf seiner Titelseite als Schlagwort produziert, das eher die Funktion einer politischen Diskriminierung gegen die Geldverschwender und damit das gesamte Vaterland ruinierenden Osis erhalten soll.

Kein Geringerer als der aus dem Westen stammende sächsische CDU-Ministerpräsident Georg Milbradt setzte sich wenige Tage nach der »Spiegel«-Publikation mit ihrem hintergründigen Sinn in der »Leipziger Volkszeitung« auseinander und meinte: »Jene oft genannten 1.250 Milliarden Euro, die seit der Wende in den Osten geflossen sind, sind kaum mehr als eine Kampffzahl, die im Westen Neid schüren soll. Denn der größte Teil dieses enormen Betrags besteht aus ganz normalen Transfers wie sie überall in Deutschland in die ärmeren Regionen fließen – ins Saarland zum Beispiel. Die Summe der eigentlichen Osttransfers, der Solidarpakt und EU-Mittel, beträgt nur rund ein Drittel davon. Hier gibt es eine erhebliche Schiefelage in der Debatte«. <sup>26</sup> Respekt vor dieser kritischen Aussage.

Damit darf keinesfalls der große Wert der bisherigen Ostförderung verkannt werden. Gerade wegen der zahlreichen kritischen Aussagen und der hier begründeten Einschränkungen zum West-Ost-Transfer soll mit Nachdruck auf dessen große Bedeutung für den Aufbau Ost hingewiesen werden. Nur durch diese hohen Unterstützungsleistungen des Bundes, der Westländer und Kommunen, auch der EU, war es möglich, die wirtschaftliche Entwicklung der Ostländer auf dem heutigen Niveau zu erreichen. Die Anerkennung und positive Würdigung dieser solidarischen Aktionen steht überhaupt nicht in Frage. Wir schließen uns der Einschätzung der »Arbeitsgruppe« an: »Zweifellos gab es in den 90er Jahren, besonders in der ersten Hälfte, bedeutende Fortschritte im Lebensniveau der Menschen und in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur, Rekonstruktion der Städte, Modernisierung von Wohnungen, Qualität und Vielfalt des Warenangebots, Reisemöglichkeiten, Ost-West-Annäherung bei den Arbeitseinkommen und Renten, Erneuerung und Modernisierung des produktiven Anlagevermögens, Verringerung des Rückstandes in der Kapitalausstattung und Produktivität.

---

26 »Leipziger Volkszeitung« vom 24. April 2004.

Insgesamt muss aber eine sehr kritische Bilanz über die Ergebnisse des Vereinigungs- und Transformationsprozesses gezogen werden. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist in ökonomischer Hinsicht, insbesondere was die Angleichung der ökonomischen Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands anbetrifft, misslungen.<sup>27</sup>

Abschließend noch: Warum hat »Der Spiegel« dieses Thema gerade heutzutage in so dramatischer Weise hochgezogen und damit in weiten Kreisen beider Landesteile eine so große Resonanz gefunden? Der entscheidende Grund liegt u. E. auf der Hand. Es ist der gegenwärtig besonders kritische Zustand der deutschen Gesellschaft, nämlich:

- die seit Jahren schwächelnde Wirtschaft, der erwartete konjunkturelle Aufschwung ist bisher nicht eingetreten, die Zahl der Arbeitslosen stagniert weiter;
- die Agenda 2010 hat die innenpolitischen Spannungen in 2003/04 extrem zugespitzt und breite Massen gegen den offensichtlich gewordenen Sozialabbau mobilisiert (oder neutralisiert, wie die letzten Wahlen zeigen);
- die Osterweiterung, anfangs nur politisch beschönigt und problemlos dargestellt, lässt plötzlich die auf uns zukommenden sozialen Probleme und Bedrohungen des bisher erreichten Lebensstandards hervortreten, was Ängste fördert;
- die Globalisierung determiniert immer stärker das nationale Leben, die Wirtschaftsverbände und Grossunternehmen melden immer offener und arroganter/brutaler ihre Forderungen an (Verlagerung der Produktion in Billigländer, Forderung nach Aufhebung der Flächentarife und Erhöhung der Wochen- sowie der Lebensarbeitszeit);
- die Gewerkschaften werden hart bekämpft, sollen geschwächt, möglichst mundtot gemacht werden;
- der Staat wird nur noch als Handlanger des Großkapitals gebraucht und zunehmend von ihm in diese Rolle hinein manipuliert. Als seine wichtigste Funktion wird ihm die Mithilfe bei der Deregulierung zugewiesen. Er ist von den Lobbyistengruppen unterwandert und vielfach von ihnen »korrumpiert« (im Bundestag soll die Zahl solcher Vertreter größerer Verbände in die Tausende gehen);
- die Kluft zwischen den Reichen und Armen, zwischen den Begüterten und den Habenichtsen erweitert sich unaufhaltsam, sie wird durch den Sozialabbau noch akuter spürbar.

---

27 Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«, S. 3.

Alle diese und noch andere Probleme und Prozesse betreffen besonders die ostdeutsche Bevölkerung, jedoch zunehmend auch die Menschen im Westen. Beide Teilpopulationen werden durch ihre zunehmend problem- und konfliktgeladenen Lebenswelten allergischer, sensibler, reizbarer – auch gegeneinander, denn wir haben es hier mit den *objektiven Bedingungen* für das Anwachsen der gegenseitigen Missgunst, der alten Vorurteile, Diskriminierungen, Ablehnungen, der Sündenbock-Bezeichnungen zu tun.

Das alles wird von Politikern und den Medien genutzt, um von den schwierigen sozialen und politischen Umständen der letzten Zeit abzulenken. Daher suchen sie nach naheliegenden, schnell glaubwürdig erscheinenden, oft mit alten Klischees verknüpften Erklärungen von dem Anwachsen der Unzufriedenheit und Ängste der Menschen abzulenken, sie zu rationalisieren. Wenn dem Volk der vermeintliche »Verursacher«, in unserem Falle der Ostdeutsche, benannt werden kann, erscheinen die Missstände und Konflikte des eigenen Alltags erträglicher, Empörung und Wut können dann auf »Alter«, d. h. auf ein Feindbild abgeleitet werden. Das ist eine gut bekannte und oft praktizierte Propagandamethode in der nationalen und internationalen Politik, mit der besonders die Strategen der neoliberalen Politik, z. B. der Umverteilung von unten nach oben oder die Profitdominanz der kapitalistischen Wirtschaft verschleiert werden sollen.

Der »Spiegel« hat – unter Nutzung dieser erprobten »Sozialtechnik« – gezielt die »Ossis« aufs Korn genommen, sie als die heimlichen Parasiten am bisher florierenden, in letzter Zeit aber auch bereits morbider wirkenden Westen entlarvt. Folglich heißt es im Untertitel: »Wie aus dem Aufbau Ost der Absturz West wurde.« Bisher wurde der Absturz in der Regel als Möglichkeit seines Kommens angedeutet, nun wird er als ein schon real verlaufender Prozess hingestellt. Das ist ein bezeichnender Unterschied, mit dem offensichtlich journalistisch eine akuter gewordene Bedrohungskulisse angezeigt werden soll. Daraus geht hervor: nicht die Intergration, sondern im Gegenteil die Spaltung der beiden Teilgesellschaften wird auf diese Weise verstärkt.



## 2. Vermögensverhältnisse

Wir wenden uns nun dem Thema im engeren Sinne zu: der Analyse von West-Ost-Unterschieden im finanziellen Bereich. Die ziemlich ausführlich geratene Einleitung wird – so ist zu hoffen – dem Leser für das Verständnis der oft überraschend großen West-Ost-Differenzen von Nutzen sein können.

Zunächst einige kurze Bemerkungen zum Vermögensbegriff. Unter Vermögen sollen »alle Werte, die zu Geld gemacht werden können« und im Besitz von Einzelpersonen, Familien oder Gruppen sind, wie Sparguthaben, Aktien, Firmenanteile, Immobilien, Grundstücke, Gebäude verstanden werden.<sup>28</sup> »Da die einzige allgemeingültige Messung von Wert heute Geld ist, muss sich der Wert eines Gutes in Geld ausdrücken lassen. Die privaten Haushalte bilden Geldvermögen (z. B. Bankguthaben, Währungsbestände), Sachvermögen (z. B. Immobilien, Grundstücke) und Gebrauchsvermögen (z. B. Kleidung, Schmuck, Möbel). Dieser persönliche Besitz bildet, in Abgrenzung zum Volksvermögen, das private Vermögen. Dagegen arbeiten Unternehmen bei der Leistungserstellung mit ihrem gewerblichen Sachvermögen, dem sogenannten Produktivvermögen (z. B. Produktionsgüter wie Industrieanlagen, Maschinen und andere feste Einrichtungen.«<sup>29</sup> Das so genannte Reinvermögen/ Nettovermögen erhält man, indem man vom Vermögen/Bruttovermögen die Schulden abzieht. Insgesamt herrscht keine einheitliche Terminologie auf diesem Gebiet vor. Was die einzelnen Autoren unter diesem oder jenem Terminus begrifflich unterstellen, kann der »Sekundäranalytiker« oft nicht genau erkennen, also muss er der jeweiligen Sprache seiner Autoren folgen. Das ist vor allem bei der Interpretation der Tabellen wichtig.

Das Gesamtvermögen ist in Deutschland wie überall in der Welt – wen wird das wundern – höchst ungleich verteilt.

Auf die Welt bezogen, berufe ich mich hier auf einen bekannten spanisch-französischen Ökonomen, Universitätsprofessor und Wissen-

---

28 Nach Gerd Nollmann / Hermann Strasser: Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu »Das Parlament« Nr. 29-30/2002. S. 21.

29 Vgl. Encarta 99 Enzyklopädie Plus (Microsoft).

schaftsjournalisten, Ignacio Ramonet, der folgende geschätzte Daten mitteilt: »das reichste Fünftel der Welt verfügt über mehr als 80%, aller Geldmittel« der Welt, das »ärmste Fünftel aber über kaum ein halbes Prozent«. <sup>30</sup> An anderer Stelle vermerkt er: »das Vermögen der 358 reichsten Personen übersteigt das Jahreseinkommen von 2,6 Milliarden Menschen« (das heißt von mehr als 45% der Ärmsten der Welt). <sup>31</sup> Dementsprechend wird berichtet, dass auf der Welt über 2.8 Millionen Menschen täglich mit zwei Dollar oder weniger für ihren Lebensunterhalt auskommen müssen. Die UNO strebt zwar an, bis 2015 diese Zahl zu halbieren. Doch die reichen Geberländer sind sehr zögerlich in der Bereitstellung der notwendigen Gelder, sie müssten dann ganze 10 *Pro-mille* mehr als bisher aus ihren Haushaltsetats für die Unterstützung der ärmsten Länder zur Verfügung stellen, was ihnen schwer fällt. Was kostet sie dagegen allein ihr Verteidigungsbudget, vor allem den USA? So gegensätzlich sieht die soziale Wirklichkeit auf unserem Planeten im Zeitalter sich beschleunigender Globalisierung aus!

Nach einer jüngeren Schätzung aus dem Jahre 2003 besitzen allein die knapp 600 *Milliardäre* (darunter 278 US-Amerikaner und 53 Deutsche – von letzteren 10 mehr als noch 2002 – und bereits 37 Russen, deren Zahl von Jahr zu Jahr am schnellsten wächst) 1,9 *Billionen Euro*. Das private Geldvermögen in Deutschland hat sich, bezogen auf Angaben der Deutschen Bundesbank, von 1991 bis 2004 von zwei Billionen auf etwa 4,1 Billionen Euro verdoppelt. <sup>32</sup>

Die Differenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern sind, wie jeder vermuten wird, enorm. Im Westen ist der Pro-Kopf-Vermögensstandard mindestens drei Mal so hoch wie im Osten. In einer Schätzung des Deutschen Wirtschaftsinstituts Köln für das Jahr 1998 heißt es: »Im Durchschnitt aller privaten Haushalte nennen die Westdeutschen mehr als 240.000 DM ihr eigen, die Ostdeutschen kommen auf ein Vermögen von 70.000.« <sup>33</sup> Klaus von Dohnanyi hat 1999 das Pro-Kopf-Vermögen der Westdeutschen sogar etwa 5 mal so hoch wie das der Ostdeutschen geschätzt. <sup>34</sup> Vermutlich hat er auch einen von ihm geschätzten Anteil des nicht offiziellen, nichtversteuerten Vermögens einbezogen, was zwar problematisch ist, aber wodurch er mit seiner

---

30 Ignacio Ramonet: Die neuen Herren in der Welt. Zürich 1998. S. 80.

31 Ebenda. S. 186

32 Vgl. Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003. S. 195ff.

33 Nach Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 503.

34 »Neues Deutschland« vom 6. Januar 1999.

Schätzung der Realität wahrscheinlich näher steht als andere! Die Hans-Böckler-Stiftung nennt für 1998 ein West-Ost-Vermögensverhältnis pro Kopf von 256.000 zu 88.000 DM. Diese Zahlen stimmen gut mit denen des »Ersten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung« (Lebenslagen in Deutschland 2001) überein, der nach meiner Auffassung die beste Informationsgrundlage liefert.<sup>35</sup>

Aktuellere Statistiken von den privaten Vermögenswerten, insbesondere der reichsten Zeitgenossen, sind mir nicht bekannt. Sie zu erhalten ist deshalb so schwierig, weil seit 1995 in Deutschland keine Vermögenssteuer mehr erhoben worden ist. Was für eine devote »De-regulierungsgeste« vom deutschen Staat, die natürlich auch reale finanzielle Gründe hat, u.a. nämlich durch die Angst vor noch mehr Steuerflüchtigen ins Ausland diktiert ist. Selbst wenn parlamentarische Vorschläge zur genaueren Offenlegung der privaten Einkommens- und Vermögensverhältnisse eingebracht werden, scheitern diese regelmäßig an den typischen Begründungen:

- man würde dadurch nur Neiddiskussionen auslösen;
- nur einen ungeheuren bürokratischen Aufwand herauf beschwören und
- die betroffenen Reichen nur verstärkt in die ausländischen Steueroasen treiben.

Durch die Aufhebung der Vermögenssteuer sind selbst solche »Gummiwerte« über Vermögensschätzungen heutzutage für uns noch seltener und fraglicher geworden. Welcher angehende oder wirkliche Millionär, gar Multimillionär wird denn hierzulande freiwillig heute noch korrekte Angaben dem Finanzamt bzw. gar einem aufdringlichen Interviewer eines Meinungsforschungsinstituts über sein Vermögen liefern. Dazu der Soziologe Rainer Geißler: »Die Geldvermögensbestände nach der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank liegen stets erheblich höher als die Geldvermögen, nach der aller fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Vermögen-Stichprobe (EVS), die auf freiwilligen Angaben beruhen.«<sup>36</sup> Ebenso kritisch wird im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vermerkt: »Die Zahl der Vermögensmillionäre im Sinne der Vermögenssteuer ist im Niveau viel

---

35 Lebenslagen in Deutschland. Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung. URL: <http://www.bmgs.bund.de/de/sicherung/armutsbericht/ARBBericht01.pdf>

36 Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. 3., überarbeitete Aufl. Wiesbaden 2002. S. 104.

niedriger [...] als die Zahl der tatsächlichen Vermögensmillionäre«<sup>37</sup>, womit die Verschleierungs- und Manipulationspraktiken öffentlich anerkannt werden, was ja so oder so seit langem kein Geheimnis ist. Da es trotz des Finanzministers wie der rot-grünen Regierung halbherzigen Bemühungen keine Aussicht gibt, die Millionäre davon abzuhalten, ihr Geld im Ausland zu bunkern, werden alle künftigen Versuche zu verlässlicheren, wissenschaftlich exakten Vermögensangaben zu kommen, nicht nur in Deutschland künftig weiterhin auf Sand gebaut sein. Das Kapital macht seinem sagenhaften Ruf, ein scheues Reh zu sein, heute mehr denn je alle Ehre – hat jedoch auch nicht seinen Charakter, ein mächtiges und beutegieriges Raubtier zu sein verloren. Es lässt sich von niemandem, auch nicht mehr vom Staat in die Karten schauen. Die immer wieder aufflackernden end- und ergebnislosen Diskussionen um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Deutschland beweisen zur Genüge die Macht der großen Kapitalbesitzer und der vielen von ihnen abhängigen Helfershelfer, nicht zuletzt in den Parteien, Medien und den staatlichen Behörden.

Für uns bleibt daher nur die vage Schätzung: im Westen ist das Pro-Kopf-Vermögen höchstwahrscheinlich 3 bis 4 Mal so hoch wie im Osten. Superreiche dürften wohl nur ganz selten (wieder!) im Osten leben.

Doch liefert die Literatur auch eine Reihe interessanter Detailinformationen für unser Thema, von denen einige genannt werden sollen:

- Mit dem Wirtschaftswunder in der BRD stieg das Nettogeldvermögen dort »zwischen 1960 und 1994 um das 15-fache«. Der Anstieg war in diesen Jahren drei mal so hoch wie in der DDR/Ostdeutschland. »Die Wohlhabenden und Reichen in der BRD sind in diesem Zeitraum immer zahlreicher und gleichzeitig immer wohlhabender und reicher geworden«.<sup>38</sup> Dadurch ist die soziale Ungleichheit im Westen, seit Anfang der 90er Jahre – wenn auch auf bedeutend niedrigerem Niveau – ebenfalls im Osten größer geworden.
- Die höchsten Vermögensbestände besitzen im Westen wie neuerdings auch im Osten Selbständige, Landwirte, Beamte, mit großen Abständen gefolgt von Angestellten und Arbeitern.

---

37 Lebenslagen in Deutschland. Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung. S. 65.

38 Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. 3., überarbeitete Aufl. Wiesbaden 2002. S. 84 u. 97.

- Eigene Immobilien besaßen 1998 im Westen 50%, im Osten 34% der Haushalte (im Osten 1993 erst 27,4%).<sup>39</sup> Ihr durchschnittlicher Verkehrswert belief sich 1995 im Westen auf 426.000, im Osten jedoch nur auf 211.000 DM.<sup>40</sup> Außerdem bestehen nach wie vor größere West-Ost-Unterschiede im Wohnungskomfort. Die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung betrug z. B. (1998): im Westen 89,7 qm, im Osten 73,5 qm, bezogen auf eine Person: 40 bzw. 32,8 qm.<sup>41</sup> Allerdings besitzt jeder zweite Haushalt im Westen und nahezu zwei Drittel im Osten *kein* Immobilienvermögen, also weder ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung, noch Grund und Boden. Im Osten gibt es jedoch in den letzten Jahren wachsende Zahlen.
- Doch besitzen 10% der reichsten Westhaushalte knapp die Hälfte des privaten Immobilienvermögens der alten Bundesländer – im Durchschnitt 1,1 Millionen DM, die unteren 50% aber nur 4,5%, im Durchschnitt 22.000 DM. Die 10% der reichsten Haushalte im Osten verfügen demgegenüber nur über ein Durchschnittsvermögen von 422.000 DM, die untersten 50% über etwa 8.000 DM.<sup>42</sup> Solche extremen Unterschiede dürfen keineswegs mit den allgemeinen Durchschnittswerten verwechselt werden.

An dieser Stelle sollen die Fragen zitiert werden, die die gesellschaftskritische Publizistin Daniela Dahn anlässlich der Überreichung des Ludwig-Börne-Preises gestellt hat: »Warum hat in unserem reichen Land die Hälfte der Bevölkerung so gut wie kein Privatvermögen? Und warum überlässt selbst die andere Hälfte die großen Brocken einer anonymen Minderheit? Warum gibt es hierzulande kein größeres Tabu als die Vermögensstatistik? Warum wird die Gesellschaft ärmer, wenn sie reicher wird?«<sup>43</sup>

- Frauen besitzen in Deutschland ein geringeres Geld- wie Immobilienvermögen als Männer. Ein anderes Ergebnis hätte man ja auch von vornherein anzweifeln müssen. Die soziale Benachteiligung des weiblichen Geschlechts ist gerade in materiellen Bereichen noch

---

39 Vgl. Richard Hauser / Irene Funke: Wird unsere Einkommensverteilung immer ungleicher? Einige Forschungsergebnisse. In: Diether Döring (Hg.): Sozialstaat in der Globalisierung. Frankfurt/M. 1999. S. 189.

40 Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensentwicklung in Deutschland. In: Beiträge zur Strukturforchung. Heft 173. Berlin 1998. S. 16.

41 Statistisches Bundesamt (Hg.). Datenreport 2002. 2. aktualisierte Ausgabe. [http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d\\_datend.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_datend.htm). S. 133.

42 Nach »Lebenslagen in Deutschland. Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung«.

43 Daniela Dahn: Eine schimpfliche Feigheit hält uns alle zurück. In: »Freitag« vom 11. Juni 2004.

stärker als in anderen ausgeprägt und dürfte sich dort auch noch am längsten erhalten.

– Die größte Dichte von Vermögensmillionären weisen westdeutsche Städte in folgender Reihenfolge auf: Baden-Baden, Starnberg, Garmisch-Partenkirchen, Stuttgart, Düsseldorf, München, Heidelberg.<sup>44</sup>

– Das gesamte Bruttoanlagevermögen in Deutschland betrug 1994 bereits 17,7 Billionen DM. Abzüglich der Verschuldungen beträgt der Nettowert 14,6 Billionen DM.<sup>45</sup> Aufschlüsselungen können nach verschiedenen Kriterien vorgenommen werden. Bedau selbst hat eine ganz differenzierte Auswertung von Statistiken zum Haushaltsvermögen in Deutschland nach zahlreichen demographischen Kriterien vorgelegt. Dort werden die Verteilungshäufigkeiten in Abhängigkeit von Sozial-schichten, Alter, monatlichem Einkommen, Haushaltsgrößen, Spargut-haben, Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes und weiteren Merk-malen dargestellt. Interessenten finden bei ihm reichhaltige Detailinformationen. Der Nachteil ist leider wie in den meisten anderen einschlägigen Publikationen: seine Daten beruhen ebenfalls nur auf em-pirischen Erhebungen vor 1995.

– In den Jahren von 2000 bis 2003 ist es in Deutschland zu einem starken Anstieg der Geldvermögensbildung gekommen. Das wird vor allem als Folge der nachlassenden Investitionstätigkeit der privaten Haushalte erklärt. Bayern steht nach wie vor mit einem durchschnittlichen Geldvermögen von 53.600 Euro pro Haushalt an der Spitze, Mecklenburg-Vorpommern bildet mit 18.300 das Schlusslicht. Den größten Zuwachs an Geldvermögen hat das Land Brandenburg erreicht, was wohl mit Sicherheit mit den Zuwanderungen kapitalkräftiger Bürger vor allem aus Berlin in Zusammenhang stehen dürfte.<sup>46</sup>

– Eine sehr übersichtliche Darstellung über die Vermögensverteilung in Deutschland liefert auf der Grundlage der ihm bis 1996 zur Verfügung stehenden Daten (vor allem der DIW- Wochenberichte von 1996) Joachim Tesch. Er beziffert danach für Deutschland im Jahre 1996 das Geldvermögen auf 3.2 Billionen, das Immobilienvermögen auf 5.4 Bil-lionen, das Betriebsvermögen auf 1.4 Billionen, vgl. auch seine Tabel-len und Abbildungen zu den Vermögensklassen.<sup>47</sup>

44 Hermann Strasser / Guido Mehlkop: Reichtum in Deutschland. In: Gott und Geld. Jahrbuch der Religionspädagogik, Bd. 17. Neukirchen-Vluyn 2001. S. 82.

45 Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensentwicklung in Deutschland. In: Beiträge zur Strukturforchung. Heft 173. Berlin 1998. S. 14.

46 Nach »Leipziger Volkszeitung« vom 19. Juli 2004.

47 Joachim Tesch: Zur Vermögensverteilung in Deutschland und ihre Konsequenzen für die Politik. In: Utopie kreativ (1998)94. S. 11–22.

– Von 1990 bis 1992 ist die Zahl der (steuerlich gemeldeten !) Millionäre in den alten Bundesländern um 40% gestiegen. Ein in dem kurzen Zeitraum von zwei Jahren noch nie erreichter Zuwachs. Die Erklärung liegt nahe, dass dies ein Ergebnis der großen Gewinne nach der Vereinigung ist!

Unsere Sekundäranalyse der statistischen Quellen zur Vermögenssituation in Deutschland zeigt mit wünschenswerter Klarheit:

1. Das Vermögen ist in Deutschland äußerst ungleich verteilt und Beobachtungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung deuten darauf hin, dass die Divergenzen zwischen Wohlhabenden und Armen sich auch in Zukunft weiter vergrößern werden. Etwas anderes wäre als Folge der intensiven Globalisierungsprozesse und der die Reichen begünstigenden Finanzpolitik nicht zu erwarten gewesen. Auch innerhalb der Gruppen der Reichen und Reichsten werden die Divergenzen weiter zunehmen. Aus Millionären werden im Laufe der Jahre bzw. der Jahrzehnte immer mehr Multimillionäre in zwei oder dreistelliger Höhe und bei den Milliardenären wird es nicht viel anders laufen. Wo sind die starken gesellschaftlichen Gegenkräfte, die das verhindern könnten?

2. Zwischen den beiden Landesteilen zeigen sich erwartungsgemäß ebenfalls große Differenzen. Diese fallen verständlicherweise im Vermögensbereich bedeutend krasser aus als beim Einkommen. Darin kommt die systematische und lang wirkende Benachteiligung der Ostdeutschen besonders klar zum Ausdruck, denn Unterschiede im Vermögen haben langfristige Auswirkungen, die im allgemeinen nicht in wenigen Jahren kompensiert werden können!<sup>48</sup>

---

48 Vgl. Reinhard Kreckel: Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Michael Bayer / Sören Petermann (Hg.): Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel. Festschrift für Heinz Sahner. Wiesbaden 2004.

### 3. Einkommensverhältnisse

Zum Einkommensbegriff: Unter Einkommen wird allgemein jegliches Entgelt wie Honorare, Gehälter, Löhne aus bezahlter Arbeit sowie Erträge aus Kapitalanlagen (Zinsen und Dividenden, Mieten, Pachten etc.) verstanden. Das Bruttoeinkommen ist das Einkommen vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben; nach Abzug ergibt sich das Nettoeinkommen. Das Nominaleinkommen ist das in Geldeinheiten ausgedrückte Einkommen. Das Realeinkommen ist die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die man dafür kaufen kann.<sup>49</sup> Das Einkommen kann auf Einzelpersonen, Familien, andere Gruppen, auf Unternehmen, Körperschaften, Kommunen, auch auf Länder, Staaten bezogen werden.

Im Vergleich zum Vermögensbereich ist die Datenlage im Einkommensbereich weitaus günstiger. Hier existieren seit Jahrzehnten außergewöhnlich umfangreiche und differenziert aufgearbeitete Statistiken, die vor allem deshalb einen hohen Aussagewert besitzen, weil die befragten Personen im allgemeinen weniger Grund sehen, etwas zu beschönigen oder zu verheimlichen. Die Tabuzone ist beim Einkommen seltener und schwächer ausgeprägt als beim Vermögen. Das ist ein großer Vorteil für unser Vorhaben. Trotzdem kann es beim Lesen von Tabellen leicht zu Irritationen kommen, die dann meist aus den unterschiedlichen methodischen Vorgehensweisen (Frageformulierungen, Stichprobenauswahl, Klassifikationssystemen etc.) der Forscher oder aus deren speziellen konzeptionellen Betrachtungsweisen resultieren.

Allgemein soll aber festgehalten werden: Im Vermögensbereich sind, wie aus dem vorangegangenen Abschnitt 2 zu ersehen war, die West-Ost-Distanzen erheblich größer als im Einkommensbereich. Das erklärt sich aus den seit Jahrzehnten höheren Vermögensbeständen, aus den hohen Erbschaften wie auch aus den weit höheren Einkommen der letzten Jahrzehnte bis heute im früheren Bundesgebiet.

---

49 Nach Gerd Nollmann / Hermann Strasser: Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu »Das Parlament« Nr. 29-30/2002 sowie »Encarta 99«.



### 3.1. Gesamteinkommen

Die Einkommen von Einzelpersonen können bekanntlich in Brutto- oder in Nettowerten – bezogen auf Jahre/Monate/Wochen/Stunden – ermittelt werden, was von den Zielen der Auftraggeber bzw. der Forscher abhängt.

Unmittelbar nach der Vereinigung existierten verständlicherweise sehr große Einkommensunterschiede zwischen den Bürgern der alten und der neuen Bundesländer. Idealisierte Vorstellungen und Versprechungen von Politikern über eine schnelle Angleichung der finanziellen Verhältnisse waren weit verbreitet, haben sich jedoch später als Illusionen herausgestellt. Zwar gab es Anfang der 90er Jahre deutliche und optimistisch stimmende Anzeichen, auch wirklich reale Fakten für einen Annäherungsprozess des Ostens an das Westniveau, der jedoch Mitte der 80er Jahre ins Stocken kam und in eine Stagnationsphase überging. Prominente Wirtschaftswissenschaftler beschreiben das so: »Die Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern ist durch zwei Phasen gekennzeichnet. In den Jahren von 1991 bis 1996 gab es eine spürbare Erhöhung des ostdeutschen Einkommensniveaus. In dieser Zeit wuchsen die ostdeutschen Einkommen je Arbeitnehmer von 49,3% des Westniveaus (1991) auf 75,8% (1996). Danach gab es kaum noch eine Annäherung – 77,6% (2002). Das Niveau der pro Kopf verfügbaren Haushaltseinkommen liegt mit 82% (2002) etwas höher. Hierauf wirken sich die höheren Anteile der Sozialeinkommen aus.«.<sup>50</sup>

Einen sehr guten Überblick über die gegenwärtige Einkommenssituation in Deutschland erhalten wir mit den Ergebnissen einer kürzlich erst veröffentlichten Studie des weltweit agierenden »Nürnberger Marktforschungsinstituts (GfK)«. <sup>51</sup> Vom GfK wurde deutschlandweit im Frühjahr 2004 die durchschnittliche jährliche Kaufkraft pro Einwohner berechnet. Auch die Veränderungen zum Vorjahr bei den ostdeutschen Städten konnten herangezogen werden. Die Kaufkraft wurde in dieser Studie aus den amtlichen Daten der Lohn- und Einkommenssteuer ermittelt, wobei durch die Steuerabzüge das Nettoeinkommen bestimmt wurde. Auch alle staatlichen Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Renten, Kindergeld, Wohngeld, Bafög, Sozialhilfe wurden dazu gerechnet. Die interessanten Ergebnisse dieser Studie werden in folgender Tabelle dargestellt.

---

50 Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«, S. 5.

51 Hier nur GfK genannt.

Tabelle 1: Durchschnittliche Pro-Kopf-Kaufkraft in ausgewählten deutschen Großstädten sowie Veränderungen zu 2003 (in Euro)

	Kaufkraft 2004	%-Anteil zum Landesmittel	Euro-Differenz zu 2003
Deutschland	16.926	100	+ 320
München	22.321	132	+ 457
Erlangen	21.599	128	+ 509
Düsseldorf	21.282	126	+ 264
Wiesbaden	19.993	118	*
Stuttgart	19.972	118	*
Berlin	16.831	99	- 43
Potsdam	15.562	92	- 77
Jena	14.855	88	+ 49
Dresden	14.837	88	+115
Schwerin	14.731	87	+ 93
Leipzig	14.282	84	+ 5
Chemnitz	14.195	84	+ 18
Erfurt	14.134	83	- 101
Delitzsch	12.589	74	- 524
Landkreis Starnberg	23.328	138	+ 661
Grünwald	37.632	222	*

\* Diese Daten standen leider nicht zur Verfügung.

Quelle: Presseinformation des GfK vom 01. April 2004.

*Die durchschnittliche individuelle Kaufkraft beträgt danach gegenwärtig in Deutschland knapp 17.000 Euro.*

Doch existieren wie jedermann weiß, große Unterschiede: sowohl individuell vom Millionär bis zum Sozialhilfeempfänger, lokal zwischen den verschiedenen Städten, regional etwa zwischen den West- und Ostländern. So verfügt z. B. der Durchschnittsbürger aus München, Spitzenreiter der westdeutschen Großstädte, über eine Kaufkraft, die 32% über dem bundesweiten Durchschnitt liegt und hat im Vergleich zum Vorjahr noch 457 Euro dazu gewonnen. Doch eine Reihe von Kommunen, so auch die Landkreise Hochtaunuskreis (Hessen) und Starnberg (Bayern) liegen noch mit über 1.000 Euro Vorsprung vor München und die Gemeinde Grünwald im Landkreis München rangiert sogar mit 37.632 Euro pro Jahr und Einwohner noch erheblich weiter vor ihrer Landeshauptstadt. Die Kaufkraft dieser Gemeinde liegt mit

122% über dem deutschen Mittelwert. Aber es gibt in Deutschland auch Gemeinden mit einer mittleren Kaufkraft ihrer Einwohner unter 9.000 Euro, diese liegen fast ausnahmslos in strukturschwachen Regionen des Ostens.

Was für extreme Distanzen! Wie soll es unter solchen Voraussetzungen zu Annäherungen an relativ einheitliche Lebensverhältnisse kommen? Abgesehen von Berlin liegt die Kaufkraft der Bürger *aller* ostdeutscher Großstädte beträchtlich unterhalb des Bundesmittels. Im Mittel ist die auf das Jahr bezogene Pro-Kopf-Kaufkraft im Osten 4.400 Euro geringer als im Westen, das heißt rund 25%, so nach der GfK-Presseinfo! Das wirft schon ein markantes Schlaglicht auf den gegenwärtigen Stand der finanziell-materiellen Verhältnisse zwischen West und Ost. Dabei ist noch in Rechnung zu stellen, dass die Lage in den mittleren und kleinen Städten, insbesondere in ländlichen Gegenden des Ostens noch viel mehr im Argen liegt.

Besonders bemerkenswert ist jedoch an der Tabelle, dass sich die Abstände aller ostdeutschen Großstädte in Bezug zum Bundesdurchschnitt im letzten Jahr weiter *vergrößert* haben. Die Schere zwischen Ost und West hat sich auch hier 2003 eindeutig weiter geöffnet, sowohl bei den ostdeutschen Städten mit den kleineren Pluswerten wie natürlich vor allem bei den mit einem absoluten Einkommensrückgang, etwa bei Berlin, Erfurt und Potsdam. Auch Leipzig und Chemnitz überraschen mit ihren kaum nennenswerten Zuwächsen, mit denen die Preissteigerungen des Vorjahres keineswegs gedeckt werden können.

Das Realeinkommen ist 2003 im Osten in den meisten Orten zurück gegangen, im Westen jedoch allgemein um 320 Euro gestiegen. Während die durchschnittlichen Mehreinnahmen im gesamten Land von 2003 bis 2004 um etwa 2% zugenommen haben, spricht man im Nürnberger Institut korrekterweise (wegen der allgemeinen Preissteigerungen in Deutschland) nur von einem durchschnittlichen realen Einkommensgewinn um 0,8%.

Diese Tabelle spiegelt mit dramatischer Deutlichkeit die Unterschiede der wirtschaftlichen-materiellen Lage in Deutschland wider, insbesondere das ungebremsste weitere »Abkippen« des Ostens. Das wird durch Tabelle 2 noch bestätigt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat seit 1984 jährlich eine großangelegte Panelstudie bei 17.000 bis 31.000 Personen in privaten Haushalten durchgeführt

(das sogenannte Sozial Oekonomische Panel – SOEP).<sup>52</sup> Seit 1992 wurden hier auch Ostdeutsche einbezogen. Unter anderem wurde das monatliche (wie auch das Vorjahres-) Nettoeinkommen dieser repräsentativ ausgewählten Personen erfasst. Tabelle 2 widerspiegelt nicht nur den West-Ost-Vergleich, sondern gleichzeitig die Einkommensentwicklung im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung.

Tabelle 2: Mittleres Monats-Nettoeinkommen von West- und Ostdeutschen in den Jahren 1992 bis 2002 (ebenfalls auf alle Personen in Haushalten bezogen, in Euro)

	Westdeutsche	Ostdeutsche	Differenz in Euro	Ost in %
1992	1.262	802	460	63
1994	1.271	926	345	72
1996	1.297	1.013	284	78
1998	1.275	1.047	228	82
2000	1.339	1.072	267	79
2002	1.364	1.095	269	80

Quelle: SOEP-Monitor 2003.

Die Tabelle weist in den ersten Jahren nach der Vereinigung bis 1998 einen deutlichen Angleichungstrend der Osteinkommen an die des Westens aus. Danach zeigen die Prozentdifferenzen aber eine Stagnation, ja sogar eine leichte Abnahme (von 82 auf 80%) an. Das ist eine charakteristische Tendenz, auf die wir noch mehrfach stoßen werden. Das individuelle Durchschnittseinkommen der Ostdeutschen hat sich seit 1996 bis heute auf etwa 80% dessen der Westdeutschen eingepegelt. Dort wo der Westdeutsche fünf Euro ausgeben kann, muss der Ostdeutsche mit vier auskommen!

52 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hg.): Sozio-oekonomisches Panel. Eine repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. URL: <http://www.diw.de/deutsch/sop/>.

*Monatliches Haushaltseinkommen*

1998 betrug das monatliche Netto-Haushaltseinkommen in Deutschland 5.020 DM, im Westen belief es sich auf 5.254 DM, im Osten auf 3.956 DM. Das war damals ein Unterschied von 1.296 DM.<sup>53</sup>

Tabelle 3: West-Ost-Vergleich des Haushaltsnettoeinkommens, in Abhängigkeit vom Haushaltstyp und der sozialen Stellung des Haupteinkommens beziehers (2002, in Euro)

	West	Ost	Ostanteil in %
Insgesamt	2.788	2.047	73
<i>Haushaltstyp</i>			
Alleinstehende	1.661	1.110	67
Alleinerziehende	1.906	1.513	79
Paar, ohne Kinder	3.178	2.246	71
Paar, mit Kinder	3.759	2.979	79
<i>Soziale Stellung</i>			
Beamte m.+w.	4.490	4.088	91
Angestellte m.+w.	3.437	2.693	78
Arbeiter m.+w.	2.920	2.366	81
Arbeitslose m.+w.	1.583	1.314	83

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2003. S. 571. Vgl. dazu Tabelle 5 im Tabellenanhang, die sich allerdings nur auf die Haushalte im Osten zieht.

Osthaushalte verfügten damit 2002 nur über 73% des Einkommens der Westhaushalte. Etwas über den Daumen gepeilt, bedeutet das: wenn einer Westfrau für das wöchentliche Haushaltsgeld 400 DM zur Verfügung stehen, kann die Ostfrau dafür nur knapp 300 DM ausgeben.

Wie ein Blick auf die Prozenspalte zeigt, sind die Einkommen bei ostdeutschen Alleinerziehenden und bei den Elternpaaren mit Kindern um ca. 10% höher als bei den anderen hier angeführten Haushaltstypen, was hauptsächlich auf die hier häufiger in Anspruch genommenen transferfinanzierten sozialen Maßnahmen wie Kindergeld, Wohngeld u. a. zurück gehen dürfte. Die gesetzlichen Sozialleistungen sind seit 1996 bereits an das Westniveau angeglichen.<sup>54</sup> Nur vom Arbeits- und

53 Nach Gerd Nollmann / Hermann Strasser: Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu »Das Parlament« Nr. 29-30/2002. S. 22.

54 Vgl. Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002. S. 151.

Vermögenseinkommen (etwa Zinsen) abhängig, wären die West-Ost-Haushaltsdifferenzen noch größer.

Wir wenden uns nun dem Arbeitseinkommen zu.

### 3.2. Arbeitseinkommen

Auch hier können wir uns auf ganz aktuelle Forschungsdaten beziehen, die das Statistische Bundesamt im Juli diesen Jahres veröffentlicht hat. Allerdings war der methodische Ausgangspunkt ein ganz anderer als der in Tabelle 1, was klar zu beachten ist. Die empirische Basis bildeten hier die Daten der Lohnstatistik der Bruttojahresverdienste von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/Innen im Produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe aus 2003.

Tabelle 4: Bruttojahresverdienste Vollzeitbeschäftigter in Deutschland (2003, inEuro)

	Euro	%-Anteil
Deutschland	38.855	100
<i>West-Bundesländer</i>	40.098	103
Hamburg	46.228	120
Hessen	42.867	110
Baden-Württemberg	41.033	106
Berlin-West	41.021	106
Bremen	39.967	103
Nordrhein-Westfalen	39.171	101
Rheinland-Pfalz	39.013	100
Schleswig-Holstein	37.721	97
Saarland	36.985	95
<i>Ost- Bundesländer</i>	28.580	74
Berlin-Ost	38.907	100
Brandenburg	29.692	76
Sachsen-Anhalt	28.281	73
Sachsen	28.077	72
Mecklenburg-Vorpommern	27.196	70
Thüringen	26.722	69

Quelle: <http://www.destatis.de> vom 15.7.04. Vgl. zusätzlich »Leipziger Volkszeitung« vom 16. Juli 2004.

Aus Tabelle 4 lässt sich ableiten: Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers bzw. einer Arbeitnehmerin betrug im Jahr 2003 in Deutschland 38.855 Euro.

Der Informationswert dieser höchst allgemeinen Zahl ist natürlich gering, er gewinnt allerdings, wie die Tabelle zeigt, sehr durch differenzierte Vergleiche. Daraus geht (nicht überraschend) hervor, dass das jährliche Arbeitseinkommen in den westlichen Bundesländern um über 11.500 Euro höher liegt als in den östlichen. In Prozenten ausgedrückt: der ostdeutsche Arbeitnehmer/In erhält für vergleichbare Arbeit nur 71% des Lohnes eines westdeutschen. Auch zwischen den Ländern in West und Ost ergeben sich große Lohndifferenzen: zwischen Hamburg und dem Saarland 25%, zwischen Berlin-Ost und Thüringen noch 31%. Zwischen Hamburg und Thüringen sind es sogar kaum glaubhafte 51%. Nur die ArbeitnehmerInnen aus Berlin erreichen gerade den bundesdeutschen Durchschnitt. Arbeitnehmer in Sachsen liegen zwar vor denen aus Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, aber knapp hinter denen aus Sachsen-Anhalt.

Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten 2003 in Deutschland in den genannten Wirtschaftsbereichen durchschnittlich 32.335 Euro, das bedeutet fast 9.000 Euro weniger als die Männer (41.014). Dieser Abstand gilt auch in etwa für die alten Bundesländer. In den neuen Bundesländern war dieser aber mit etwa 3.000 Euro erheblich weniger stark ausgeprägt. Diesen geschlechterspezifischen Differenzen, die die Benachteiligung der Frauen exakt belegen, werden wir noch in einigen der folgenden Tabellen Aufmerksamkeit schenken.

Im Statistischen Jahrbuch 2002 finden sich weitere wichtige Daten für unsere Thematik. Sie beziehen sich ebenfalls wieder auf Arbeitnehmer, sowohl des Produzierenden Gewerbes wie auch auf solche im Handel, Kredit und Versicherungswesen. Hier geht es aber nicht um Jahres- sondern um Monatsverdienste! Wir stellen hier vor:

Tabelle 5: Durchschnittliche Monats-Bruttoverdienste der betreffenden Arbeitnehmergruppen, in Abhängigkeit vom West-Ost-Standort und Geschlecht (Euro)

	West	Ost	Ostminus in Euro	Ost-Anteil in %
Insgesamt				
1997	2.542	1.836	706	72,2
2001	2.817	2.013	804	71,5
nur Männer				
1997	2.702	1.899	803	70,3
2001	2.834	1.996	838	70,4
nur Frauen				
1997	2.082	1.668	414	80,1
2001	2.336	1.827	509	78,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2002. S. 559.

Die West-Ost-Unterschiede bieten wiederum das nun schon erwartete Bild. Die Lohndifferenzen belaufen sich bis auf 30%. Die Ostfrauen schneiden jedoch gegenüber den Männern besser ab. Das ist besonders bei den Angestellten typisch. Vermutlich geht das auf die höher qualifizierten sowie in den zahlreichen verantwortlichen und daher gut bezahlten Stellen tätigen Frauen im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe zurück. Im Kredit- und Versicherungswesen ist ja auch die Annäherung an die Westgehälter schon weiter voran gekommen. Außerdem dürften hier auch noch die überdurchschnittlich hohen Abschlüsse in der Schul- und Berufsausbildung der Ostfrauen sowie ihre stärker ausgeprägte Bereitschaft zu einer beruflichen Tätigkeit mit ins Gewicht fallen.

Mit einer weiteren Tabelle aus dem Statistischen Jahrbuch 2003 werden die Ergebnisse der Tabelle 5 gestützt. Neben den Unterschieden der West-Ost-Bundesländer sollen auch die Einkommensunterschiede der Geschlechter dargestellt werden.



Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttoverdienste aller Angestellten (in technischen und Dienstleistungsbereichen), in Abhängigkeit von ausgewählten Ländern (2003, Euro)

	männlich	weiblich	Differenz	
			in Euro	weibl. in %
Deutschland insg.	3.589	2.517	1072	70
Bayern	3.756	2.611	1145	68
Berlin-W.	3.612	2.682	930	74
Berlin-O.	3.264	2.694	570	82
Sachsen	2.714	2.069	645	76
Thüringen	2.634	1.989	645	76
Meck-pom.	2.479	1.930	549	78

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2003. S. 597.

Neben den schon bekannten großen Unterschieden zwischen den alten und neuen Bundesländern beeindrucken ebenso die zwischen den Geschlechtern. Mit unseren geschlechtsspezifischen Analysen können wir vielleicht auch einen kleinen Beitrag zur Geschlechterforschung/Gleichstellungsproblematik liefern. In der Tabelle 6 zeigt sich, dass sich die Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtergruppen ebenso langsam verändern wie die zwischen den West- und Ostdeutschen.

Das Statistische Bundesamt legte kürzlich aktualisierte Daten vor. Diese belegen klar: die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben sich in beiden Landesteilen in den vergangenen *vier Jahren so gut wie nicht verändert*. Frauen verdienen immer noch im Westen 29.2% und im Osten 22.9% weniger als die vergleichbaren Männergruppen in beiden Landesteilen. Das Bundesamt titelt in einer Presseinformation vom März 2004: »Frauen verdienen 2003 rund 30% weniger als Männer«. <sup>55</sup>

Diese Erscheinung, dass ostdeutsche Frauen im Vergleich zu westdeutschen Frauen in ihrem Einkommen besser abschneiden als ostdeutsche Männer im Vergleich zu den entsprechenden Beschäftigungsgruppen westdeutscher Männer, wird auch in den Tabellen 1 und 2 des Tabellenanhangs belegt.

Abschließend zu den Monatseinkommen bei Lohnempfängern noch eine kurze Zusammenfassung über die West-Ost-Differenzen bei ver-

<sup>55</sup> Statistisches Bundesamt. URL: <http://www.destatis.de/presse>.

schiedenen großen Populationen von Arbeitnehmern, wodurch das Gesamtbild komplettiert wird.

Tabelle 7: West-Ost-Differenzen im durchschnittl. Monats-Bruttoverdienst von Arbeitnehmern, in Abhängigkeit von deren Beschäftigung in verschiedenen Wirtschaftszweigen (2003)

	Ostanteil in %
Produzierendes Gewerbe	71,5
Bergbau/Steine/Erden	80,2
Verarb. Gewerbe	70,8
Hoch- und Tiefbau	73,2
Handel/Kredit/Versicherung	74,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2003. S. 601.

Hier ist die große Mehrheit aller in Industrie, Handel und Verwaltung beschäftigten ArbeitnehmerInnen Deutschlands erfasst. Diese fünf einfachen Prozentzahlen können schon schockieren, obgleich sie nach den Werten der vorangegangenen Tabellen zu erwarten waren. Ich persönlich lebte bisher in dem Glauben, diese mir seit Mitte der 90er Jahre bekannten Differenzen hätten sich in den letzten Jahren deutlich verringert, etwa in Richtung der 90% bewegt. Doch hier ist zu sehen, dass sich in den letzten fünf bis zehn Jahren kaum etwas an diesen Abständen verändert hat. Wo findet denn hier die Angleichung der Löhne und Gehälter statt? Dabei ist ja noch der Tatbestand in Rechnung zu stellen, dass im Osten die Wochenarbeitszeit im Mittel 40 Stunden beträgt, sehr oft jedoch auf betrieblicher Ebene (offiziell oder inoffiziell) noch erheblich darüber hinausgeht – ohne Lohnausgleich! Nach einer Berechnung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle betrug die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer 2002 in den Westländern etwa 1340 Stunden, die in den Ostländern dagegen etwa 1450 Stunden, also fast drei Wochen mehr. Vergleiche die monatlichen Tariflöhne ausgewählter Berufe/Tätigkeitsgruppen in Tabelle 4 des Tabellenanhangs.

Das sind ziemlich deprimierende Zahlen. Sie stellen Deutschland für die Vereinigungspolitik auf diesem doch entscheidenden Gebiet ein schlechtes Zeugnis aus. Weil sich hier so wenig verändert hat, wird auch verständlich, dass in der Öffentlichkeit so selten konkret darüber gesprochen wird, obgleich doch exakte und massenhaft vorhandene stati-

stische Zahlen existieren. Es ist eben für die politisch Verantwortlichen ein beschämendes Armutszeugnis, was man lieber verdrängen, worüber man nicht sprechen möchte. Und die Millionen davon betroffenen Ostdeutschen haben offenbar mehrheitlich ebenfalls resignierend gelernt, dass ihre Macht zu beschränkt ist, um etwas zu verändern.

Nebenbei bemerkt: ich frage mich schon seit 1990 gelegentlich, was wohl Arbeiter, Angestellte oder auch Wissenschaftler zu DDR-Zeiten getan hätten, wenn sie bei vergleichbaren Arbeitsleistungen gegenüber anderen Gruppen oder Kollegen (in den damals üblichen geringen Gehaltsrelationen) derartig benachteiligt worden wären. Die Arbeitsgerichte wären dann hoffnungslos überlaufen gewesen, die Betriebsdirektoren von den Gewerkschaftsleitungen resolut bedrängt, hätten schnell kapituliert – in diesem Unrechtsstaat DDR!

Die Bruttoverdienste der abhängig Beschäftigten beider Landesteile haben sich natürlich nach der Vereinigung in der erwarteten konvergenten Richtung verändert. Busch gibt die Bruttodurchschnittslöhne aller Beschäftigten für die 90er Jahre an. In Bezug zur westdeutschen Population (=100) betragen die Löhne der ostdeutschen Population:

1991	=	48,3%;
1992	=	62,7%;
1994	=	73,3%;
1996	=	76,6%;
1999	=	76,2%

Insgesamt eine große Übereinstimmung zu den hier angeführten Zahlen der etwas spezielleren Populationen. Der hier vor allem interessierende Trend zeigt das erwartete charakteristische Bild: ein starker Anstieg der Löhne bis 1996, dann das Einsetzen einer Stagnationsphase, die sich bis heute fortsetzt.<sup>56</sup>

Nun folgt ein Überblick über die Einkommen von Beamten.

---

<sup>56</sup> Nach Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002. S. 151.

Tabelle 8: Beamtenbesoldung 2003, ausgewählte Beamtenpositionen (in Euro)

	West	Ost	Differenz in Euro	Ost in %
Hauptwachmeister (38 J./2 Ki./verh.)	2.083	1.875	208	90
Stationsschwester (35 J./1 Ki./verh.)	2.153	1.938	215	90
Studienrat (50 J./2 Ki./verh.)	4.004	3.603	401	90
Professor (neuen Rechts) (45 J./2 Ki./verh.)	5.855	5.269	586	90
Oberarzt (50 J./2 Ki./verh.)	4.823	4.340	483	90

Quelle: »Neues Deutschland« vom 17. März 2003.

Bei allen Beamten-Positionen betrug die West-Ost Differenz der staatlichen Gehälter im Stichprobenjahr genau 90%. Der Staat ist bei seinen von ihm bezahlten Dienern offenbar um mehr Gerechtigkeit bemüht.

Warum sind in der Wirtschaft, von wenigen Branchen abgesehen, die Lohnunterschiede trotz gleicher Tätigkeit so sehr viel größer, vor allem zwischen West – Ost und den Geschlechtern? Ich weiß, dass diese Frage naiv und für manche Leute unangemessen erscheint, doch stelle ich sie nicht aus rhetorischen Gründen, sie sollte zum Nachdenken veranlassen

### *Ein Blick auf die Stundenverdienste*

Mit der folgenden Tabelle sollen die Stundenverdienste der in West und Ost Beschäftigten analysiert werden. Auch dabei werden als unabhängige Variablen sowohl ausgewählte Bundesländer wie auch die Geschlechtergruppen herangezogen.

Tabelle 9: Bruttostundenverdienste von Arbeitern im Produzierenden Gewerbe, differenziert nach einigen Bundesländern und dem Geschlecht (2004, Euro)

	Insgesamt	männlich	weiblich	weibl. in %
Deutschland	14,93	15,43	11,65	76
Hamburg	17,14	17,44	13,41	77
Baden-Württemberg	16,03	16,72	12,51	75
Bayern	15,14	15,68	11,98	76
Hessen	15,49	15,95	12,21	76
Berlin	14,96	15,35	12,81	83
Brandenburg	11,38	11,65	9,72	83
Sachsen-Anhalt	11,10	11,39	9,02	79
Sachsen	10,68	11,15	8,54	77
Mecklenburg-Vorp.	10,94	11,26	8,64	76
Thüringen	10,47	10,96	8,80	80

Quelle: <http://www.destatis.de>. Aktualisiert 12.03.2004.

Analog zu den Monatseinkommen (siehe Tabellen 5–7) erhalten auch bei den Stundenlöhnen die ArbeiterInnen in den ostdeutschen Ländern im Schnitt etwa 30% weniger Geld als die im Westen. Die in Thüringen im Vergleich zu denen in Hamburg nahezu 40%. Die Stundenlöhne der Frauen belaufen sich gegenüber denen der Männer gegenwärtig in Deutschland auf 76%, über 80% kommen sie nur in Berlin, Brandenburg und Thüringen. In den ostdeutschen Ländern liegen die Stundenlöhne der Frauen im Vergleich zu den Männern leicht höher als in den westdeutschen Ländern. (Man beachte: die Berechnungen der Prozentanteile der Frauen sind auf die Männer der jeweiligen Länder bezogen!) Daraus geht hervor, dass trotz der weit ungünstigeren ökonomischen Lage im Osten die finanzielle Gleichstellung der Frauen hier etwas besser verwirklicht wird als im wirtschaftlich bedeutend besser situierten und viel reicheren Westen! Die Bemühungen um die Geschlechtergleichstellung ist eben nicht nur eine Frage der vorhandenen finanziellen Ressourcen.

Ostdeutsche Frauen sind so gesehen in ihrem Arbeitseinkommen doppelt unterprivilegiert: einmal gegenüber den westdeutschen Frauen um etwa 20%, zum anderen gegenüber den ostdeutschen Männern noch-

mals um 20 bis 25% (in dieser Tabelle nur wenig über 20%, nach den Tab. 5 und 6 aber teilweise 25 bis zu 30%).

Eine weitere auf Stundenlöhne bezogene Tabelle dieser Art ist im Tabellenanhang, Tabelle 3 zu finden und stellt die Differenzen bei handwerklichen Berufen wie auch in der Landwirtschaft dar.

*Zum Schluss noch aus einer anderen Perspektive ein West-Ost-»Fernost«-Vergleich*

Ich möchte die deutschen West-Ost-Vergleiche an dieser Stelle auf einige neue EU-Länder ausdehnen, was uns direkt in die seit kurzem verstärkt entbrannten Diskussionen der zu erwartenden Probleme der Osterweiterung hinführt. Die folgende informative Tabelle, zeigt schlaglichtartig die internationale Sprengkraft, die diesen Unterschieden inneohnt und wohin im Rahmen einer immer schneller fortschreitenden Globalisierung unsere Reise geht.

Tabelle 10: Durchschnittliche Arbeitskosten, d.h. Bruttolöhne und Nebenkosten, pro Arbeitsstunde in Industrie und Dienstleistungen in einigen EU-Ländern (2003, in Euro)

Länder/Landesteile	Euro	Steuern in %**
Deutschland	28,82	36,0
Deutschland/West*	29,52	36,0
Deutschland/Ost*	18,08	36,0
Ungarn	5,91	18,4
Tschechien	5,47	25,5
Polen	5,45	17,5
Slowakei	4,55	16,7
Estland	4,33	22,5
Lettland	3,22	14,4
Litauen	2,93	13,1

\* Nur für Produzierendes Gewerbe in Deutschland, nach <http://www.destatis.de/>.

\*\* Effektive Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften 2004.

Quelle: »Der Spiegel«. (2004)18. (Nach Ernst & Young / Eurostat).

Eine ähnliche, aber nicht voll übereinstimmende Tabelle der Arbeitskosten und Steuerbelastungen dieser Länder hat zu gleicher Zeit, auch

unter Berufung auf dieselbe Quelle (Ernst & Young) der »Stern« veröffentlicht.<sup>57</sup> Allerdings muss man einkalkulieren, dass besonders in den neuen EU-Ländern unmittelbar vor dem Beitritt diese Dinge im schnellen Fluss waren, z. B. gab es bedeutende Veränderungen ihrer Steuersysteme. Dessen ungeachtet ist das ein erneuter Beleg dafür, wie schwierig es ist, korrekte statistische Informationen aus verschiedenen Quellen zu erhalten!

Die vergleichbaren Stundenlöhne in Rumänien, Bulgarien, Ukraine, Kasachstan, Indien, Malaysia, Vietnam (kürzlich wurde dort von 20 Cent Stundenlöhnen berichtet), sind mir nicht genau bekannt, aber sie dürften von Land zu Land in dieser Reihenfolge kontinuierlich nach unten tendieren. Dieses globale Gefälle sollte man gut im Auge behalten, wenn man darüber nachdenkt, in welche Richtung die unaufhaltsamen weiteren Standortverlagerungen der europäischen Großindustrie bei ihrer Suche nach Profiterhöhung verlaufen werden.

### *Exkurs*

Ich nehme diese Tabelle zum Anlass einer vom Thema abweichenden Betrachtung, die jedoch weniger spekulativ ist als sie auf den ersten Blick erscheint.

Allgemein ist bekannt, dass die Industrie, von der Schuh- und Textilfabrikation bis zur hoch spezialisierten Elektronik (z. Zt. gerade Siemens, wo man demnächst, hauptsächlich aus steuerlichen Gründen, sogar Teile der Hauptverwaltung nach Prag verlegen will; der Chiphersteller Infineon hat seine Buchhaltung bereits in Portugal installiert) und die Autoindustrie hat schon seit vielen Jahren Produktionszweige oder ganze Filialen nach den Billiglohn- und Billigsteuerländern verlagert. Dieser Vorgang wird mit Worten wie Outsourcing oder Offshoring vornehm verschleiert. In letzter Zeit wird allerdings von den großen Managern immer weniger ein Blatt vor den Mund genommen und auch öffentlich Fraktur geredet, um die Regierung wie das »gemeine Volk« unter Druck zu setzen, sie auf das »gesetzmäßig Unvermeidliche« in dieser Phase der Globalisierung, des »verschärften weltweiten Wettbewerbs« und der Fetischisierung des »schnelleren wirtschaftlichen Wachstums« vorzubereiten.

Kürzlich hat Daimler/Chrysler erst eine Verlagerung eines größeren Teiles des Produktionsstandortes Sindelfingen nach Bremen oder nach

---

57 »Stern« (2004)19.

Südafrika angedroht, wenn es in Sindelfingen nicht gelingt, die Produktionskosten pro Jahr um 500 Millionen Euro zu senken. Eine typische, auch z. B. bei Siemens bereits erprobte Methode, um die Belegschaft unter Druck zu setzen, auf Forderungen nach Lohnverzicht oder nach anderen Zugeständnissen einzugehen. Demnächst wird das weiter Schule machen.

BMW wie Porsche würden wohl heute schon, trotz der hohen zweistelligen Millionen Subventionen, die sie erst vor zwei Jahren für die Ansiedlung in Leipzig kassiert haben, sich bereits nicht mehr für Leipzig entscheiden, sondern lieber in das sich rasch entwickelnde »europäische Hongkong« (die Slowakei) gehen, eben weil dort die Stundenlöhne zwischen 4–5 Euro liegen und seit kurzem dort mit einem einheitlichen Steuersatz von knapp 17% sowie mit weiteren großen Vergünstigungen für die Ansiedlung geworben wird.

Andererseits wird auch der Zustrom von Arbeitskräften aus den Billiglohnländern Osteuropas nach Deutschland (bald ohne die z. Zt. noch geltenden Einschränkungen des Zuzugs) massiv zunehmen. Die noch in Deutschland ansässige Industrie spekuliert schon lange darauf. Sie will ja nicht nur die Produktion in andere Länder verlagern, sondern gleichzeitig auch qualifizierte Arbeitskräfte ins Land herein holen, um hier die Löhne zu drücken. Das Lohndumping ist seit langem eine schon weit verbreitete praktizierte Methode, wie kürzlich offiziell von der Bundesregierung zugegeben worden ist. Niedriglöhne von unter 6 Euro pro Stunde werden heute bereits in über 130 Tarifverträgen für mehr als 690 Berufsgruppen toleriert.<sup>58</sup> Auch BMW hat schon vor einem Jahr von Sachsen gefordert, im Leipziger Werk einige Tausend Arbeitskräfte aus den östlichen Ländern hier einstellen zu dürfen, allerdings etwa zu den in den Herkunftsländern üblichen Löhnen!

Fast alle großen deutschen Konzerne planen heute weitere Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland sowie Stellenabbau, Arbeitszeitverlängerung, Lohnkostensenkung, Kürzung der Urlaubs- oder Feiertage etc. – und fast immer mit dem Argument, man könne dadurch die Zahl der Arbeitslosen verringern!

Die meisten der zu erwartenden Zuwanderer werden mit Sicherheit auch weniger den deutschen Osten, sondern den reichen Westen aufsuchen, sich dort verdingen. Das wird folglich aber auch im Westen die Arbeitsmarkt-Situation zuungunsten der Einheimischen sowie der bereits aus den neuen Bundesländern Zugewanderten bzw. Zuwanderungs-

---

58 Tageszeitungen vom 28. April 2004.



willigen bei der Suche einer Arbeitsstelle gravierend beeinträchtigen (Lohndumping, steigende Zahlen von Arbeitslosen).

Also der Westen wird dadurch künftig auch weniger aufnahmefähig und interessiert für Ostdeutsche werden! Das werden Ostdeutsche bald verstärkt zu spüren bekommen. Und der Westen wird selbst immer mehr in eine wirtschaftliche/soziale Schiefelage, in einen anhaltenden Abwärtstrend hineingeraten, der natürlich vor allem die unteren Schichten treffen wird. Der Westen kann nicht mehr das bleiben, was er heute noch ist bzw. zu sein glaubt, er wird in den allgemeinen Abwärtsstrudel mit hineingezogen.

Wir müssen uns m.E. damit abfinden, dass im Zuge dieser radikalen Globalisierung die Löhne (nach und nach auch die Gehälter) im vereinten Europa einem Trend zu einer internationalen Nivellierung unterworfen sind. Sie werden sich in den Billiglohnländern anfangs gewiss etwas erhöhen, in den bisher noch ökonomisch starken Ländern Westeuropas (nicht nur in Deutschland) aber erheblich weiter sinken. Lohnerhöhung, Gleichbleiben oder gar Verringerung der Wochen- wie Lebens-Arbeitszeit, Überwindung der Arbeitslosigkeit werden wohl bald Fremdwörter, selbst in den Noch-Vorzeigeländern sein. Dieser »Entwicklungstrend« wird sich unter Einbeziehung der verschiedenen unterentwickelten Weltregionen immer weiter fortsetzen.

Auch wenn die Kluft zwischen Armen und Superreichen weiter zunehmen wird (die jüngeren unter uns werden wohl noch die Nachricht vom ersten privaten Dollarbillionär erleben), sehe ich doch diesen düsteren Trend zu einer allgemeinen Nivellierung des Einkommens der breiten Volksschichten kommen – trotz des insgesamt wachsenden gesellschaftlichen Reichtums und auch der Bemühung der Weltgemeinschaft etwas mehr für die Linderung der extremen Armutsregionen zu tun. Der genannte Trend wird in den nächsten 10 bis 20 Jahren besonders intensiv zwischen Westeuropa und Osteuropa, bei immer schnellerer Ausdehnung auf den nahen und ferneren Osten verlaufen (kaum anders in Südamerika und Afrika).

Die Industrie- und Handelskonzerne werden mehr und mehr ihre ortsgebundene Sesshaftigkeit aufgeben, Heimatverbundenheit oder gar patriotische Verantwortung gegenüber dem Vaterland werden als entscheidungsdeterminierende Werte stark an Bedeutung verlieren. Man wird dort Zweigstellen oder Firmenzentralen errichten, wo die Arbeitskosten und steuerlichen Voraussetzungen am günstigsten sind, also der Profit die höchsten Chancen verspricht. Das wird eine große Mobilität der Unternehmen erfordern, diese werden von einem Standort zum anderen springen, ein anhaltendes hopping wird Mode und erforderlich

werden. Die Profitprognosen sind ja auch verlockend genug und lassen die Großunternehmen hemmungslos werden. So rechnet die Unternehmensberatung AT Kearney demnächst in Deutschland jährlich mit einem Verlust bis zu 130.000 Arbeitsplätzen und mit einem Spareffekt von etwa zwei Milliarden Euro. Die US-amerikanische Investmentbank Brean Murray schätzt die eingesparten Kosten pro Arbeitsplatz auf bis zu 30.000 Dollar pro Jahr.<sup>59</sup>

Outsourcing ist ein lohnendes Geschäft! Karl Mai und Klaus Steinitz schreiben: »Mit der Osterweiterung der EU verlieren die niedrigeren Löhne in Ostdeutschland noch mehr an Bedeutung für westdeutsche und ausländische Investoren. Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass westdeutsche Investoren gleich etwas weiter nach Osten [...] gehen«. <sup>60</sup>

Im Grunde genommen hat diese Methode der Globalisierung ja schon vor längerer Zeit eingesetzt, sie wird sich nur in den nächsten Jahren, immer rasanter, massiver und öffentlicher entfalten und das Konkurrenzgebaren wird egoistischer, rücksichtsloser und aggressiver werden.

### 3.3. Renteneinkommen

Die beliebteste Kampfarena bei West-Ost-Diskussionen zu unserem Thema, besonders bei der älteren westdeutschen Bevölkerung, aber auch bei den Medien, ist ohne Zweifel die Situation auf dem Rentengebiet. So wird immer wieder kritisiert: Noch nie ging es den Ostrentnern so gut wie heute. Sie erhalten ja vielfach gleich hohe, teilweise sogar höhere Renten als vergleichbare westdeutsche Populationen. Das treffe besonders bei den Ost-Rentnerinnen zu, was nicht einzusehen, unbegründet und daher völlig ungerechtfertigt sei. Hieran sehe man, wohin die West-Milliarden der Ostförderung fließen, nämlich hauptsächlich in die privaten Taschen der Leute im Osten.

»Der Spiegel« heizt genau in dieser Richtung an: »Das meiste Geld aber schoss über die Leitungssysteme der Sozialversicherung in den Osten. Die rund vier Millionen Rentner erhalten durchschnittlich eine höhere Rente als die Westpensionäre, obwohl sie in Knappschaft und

---

59 »Neues Deutschland« vom 13. April 2004.

60 Karl Mai / Klaus Steinitz, Klaus: Ostdeutschland auf der Kippe. Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus (2004)1. S. 13.

Rentenversicherungsanstalt nie eingezahlt haben. Für Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Kindergeld oder Wohngeld gehen noch mal rund 120 Milliarden drauf«. <sup>61</sup>

Um diese Meinungen und Vorwürfe auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, werden wir uns mit der Lage auf dem Gebiet der Renten etwas ausführlicher befassen. Glücklicherweise können wir dabei auf zahlreiche aktuelle und sehr differenzierte Daten zurückgreifen, insbesondere auf die jüngsten Berichte der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung von 2002 und 2003, die ziemlich erschöpfend auch über die West-Ost-Rentenrelationen Auskunft geben.

Tabelle 11: Durchschnittswerte der monatlichen Rentenbeträge im West-Ost-Vergleich, differenziert nach den Geschlechtern.

Die monatlichen Zahlbeträge der gesetzlichen Rente betragen am 1. Juli 2002 in Euro:

	im Westen	im Osten	Ostdifferenz
bei Männern	990	1.025	+ 35
bei Frauen	518	650	+ 132

Quelle: Rentenbericht 2003. S.17. Vgl. S. 22f.

Die Höhe der West-Ost- Differenzen wird vermutlich einige der Leser doch verwundern.

Die monatlichen Netto-Rentenbeträge verteilen sich in West- und Ostdeutschland, getrennt nach Männern und Frauen wie folgt auf die hier vorgenommene Euro-Klassifikation (in Prozent, Stand Anfang 2002)

<sup>61</sup> »Der Spiegel« (2004)15. S. 28.

Tabelle 12: Monatliche Netto-Rentenbeträge in West-/Ostdeutschland  
(2004, Anteil in Prozent)

	Rentner	Renterinnen
im Westen		
2.000 und mehr	1	-
1.800 – 2.000	1	-
1.500 – 1.800	9	-
1.200 – 1.500	24	2
900 – 1.200	28	6
600 – 900	15	22
300 – 600	11	29
150 – 300	5	24
unter 150	6	16
im Osten		
2.000 und mehr	-	-
1.800 – 2.000	-	-
1.500 – 1.800	5	-
1.200 – 1.500	21	2
900 – 1.200	46	8
600 – 900	26	48
300 – 600	2	35
150 – 300	-	6
unter 150	-	1

Quelle: Rentenbericht 2003.

Die Rentenbezüge der gesetzlichen Versicherung haben sich besonders in den 90er Jahren für die ostdeutschen Rentner stark verändert, ihre durchschnittlichen Werte liegen, was völlig atypisch erscheint, seit 1995 über denen der westdeutschen Rentnerpopulation. Werden die durchschnittlichen Rentenbeträge westdeutscher Rentner gleich 100 gesetzt, dann erhielten die ostdeutschen Rentner von 1991 bis 1998 im Durchschnitt folgende Prozentanteile<sup>62</sup>:

1991	=	68,7	1995	=	101,1
1992	=	80,6	1996	=	107,0
1993	=	89,3	1997	=	108,1
1994	=	96,6	1998	=	109,8

62 Nach Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002. S. 151.

Auf den ersten Blick scheinen diese Zahlen den genannten Kritikern voll Recht zu geben. Deutsche Rentner und besonders die Rentnerinnen im Westen erhalten tatsächlich durchschnittlich geringere Rentenbeträge als die im Osten. Werden sie aber dadurch vom Staat zugunsten der Ostdeutschen auf illegitime Weise benachteiligt? Das wird wohl niemand im Ernst glauben. Wie sind also diese Differenzen zu erklären?

1. Der entscheidende Grund liegt, wie man im allgemeinen weiß, in den unterschiedlichen Versicherungszeiten (den Arbeits-/Erwerbsjahren) der Rentner. Diese sind bei den Westrentnern um mehr als 5 Jahre geringer (W = 40,0; O = 45,3), bei den Westrentnerinnen sogar um 10 Jahre geringer (nämlich W = 25,8; O = 35,7 Jahre).

Zu den großen Unterschieden an Versicherungsjahren zwischen den West-Ost-Rentnerinnen tritt aber noch ein weiterer beachtenswerter Tatbestand hinzu: Westrentnerinnen waren viel seltener als Ostrentnerinnen ganztägig beschäftigt. Etwa zwei Drittel von ihnen waren in ihrem Erwerbsleben nachweisbar überwiegend teilzeitbeschäftigt, während für Frauen in der DDR-Zeit eine Vollbeschäftigung gewollt und in der Regel auch praktisch realisiert worden ist. Auch nach der Wende wurde das von den meisten noch angestrebt, konnte allerdings des rückläufigen Angebots an Arbeitsstellen wegen oft nicht verwirklicht werden. Doch diese jahrzehntelang ausgeübte Vollzeitbeschäftigung schlägt natürlich massiv auf die gegenwärtigen Rentenbeträge der Ostrentnerinnen durch.

2. Des weiteren fällt stark ins Gewicht, dass die Altersbezüge der Rentnerschaft, also der Lehrer, Richter, Offiziere, Hochschullehrer, die oberen Ränge der Eisenbahner und Postler im Westen von der gesetzlichen Rentenversicherung getrennt sind, ihr eigenes spezielles Pensionssystem haben. Das betrifft im Westen ungefähr 25%, im Osten gegenwärtig nur etwa 2% aller im Rentenalter Stehenden. Deren Rentenbeträge/Pensionen fallen bekanntlich durchweg hoch aus.

Einen Beamtenstatus und damit entsprechende Pensionen gab es in der DDR nicht. An deren Stelle wurden verschiedene Zusatz- oder Sondersversorgungssysteme mit Garantien einer höheren Altersversorgung geschaffen, darunter die am meisten verbreitete sogenannte Intelligenzrente. Diese DDR-Systeme wurden nach der Vereinigung jedoch nicht übernommen bzw. mit vergleichbaren Systemen gleichgestellt. Sie wurden 1992 ersatzlos gestrichen und – mit vielen Einschränkungen, Obergrenzen, Beschneidungen – im üblichen gesetzlichen Rentensystem »aufgehoben«. Von dieser Diskriminierung sind mehr als 200.000 Personen betroffen.

Eine weitere Million von Anwartschaften auf eine in der DDR Mitte der 70er Jahre eingeführte private Alters-Zusatzversorgung sind ebenfalls unter den Tisch gefallen.<sup>63</sup>

Darüber hinaus wurden noch nach politischen Kriterien in großem Umfange Strafrenten wegen angeblicher Systemnähe verhängt (bei Funktionsträgern von Staat, Parteien, in Wirtschaft, Wissenschaft, Sicherheitsorganen, vor allem bei Stasibesetzten), die erst in den letzten Jahren größtenteils gemildert worden sind.

Die Rentenzahlbeträge zwischen einigen vergleichbaren West-Ost-Beschäftigungsgruppen sind auch heute noch häufig extrem groß. Sie belaufen sich beispielsweise bei Ost-Professoren, die nach altem Recht zugeordnet worden sind, nur auf 20 bis 35% der Beträge, die West-Professoren mit einer C 4- Stufe erhalten – auch wenn die wissenschaftliche Produktivität im Vergleichsfalle als relativ gleich eingeschätzt werden kann!

3. Weiter ist zu beachten, dass ein großer Teil der West-Rentner und Rentnerinnen zusätzlich zur gesetzlichen Rente sogenannte Betriebsrenten bezieht oder/und auch noch private Rentenversicherungen abgeschlossen hat. Der Anteil der gesetzlichen Rente an dem Gesamteinkommen aller Renten beträgt daher bei Ostrentnern 92%, bei Westrentnern jedoch höchstens 55%, bei den Westfrauen liegt er allerdings erheblich höher!

Betriebsrenten waren (im Erhebungsjahr 1995) mit etwa 50% der männlichen und etwa 10 % der weiblichen Beschäftigten im Westen abgeschlossen worden. Sie betragen im Mittel ca. 605 DM. Über 1000 DM waren dort zugesichert und erhalten: 16 % der betroffenen Männer und 5 % der betroffenen Frauen. Die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes betraf damals im Westen 89% der dort beschäftigten Männer, im Durchschnitt mit 759 DM und 46% der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen, mit durchschnittlich 551 DM. Männliche Beamte erhielten 1995 im Mittel Pensionen von 3.771 DM, weibliche im Mittel von 3.447 DM. Zahlbeträge von mehr als 5.000 DM wurden ausgezahlt an 19% der betr. Männer und an 8% der betr. Frauen.<sup>64</sup>

Der bekannte ostdeutsche Rentenexperte Ernst Bienert fasst die eben erörterte Problematik so zusammen: »Bei kleineren Renten beträgt die gesetzliche Rente im Westen nicht einmal 50% des Gesamteinkommens,

63 Vgl. Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 291ff.

64 Diese Daten stammen aus »Forschungsprojekt Alterssicherung in Deutschland 1995«, erarbeitet im Auftrage des Bundesarbeitsministeriums.

mehr als die Hälfte machen Pensionen, Mieteinkünfte, Privatrenten u. a. Einkommensarten aus. In den neuen Ländern wird das Nettoeinkommen der Rentnerinnen und Rentner dagegen fast ausschließlich durch die Rente bestimmt. Andere Alterssicherungssysteme gibt es hier nicht bzw. wurden durch die Rentenüberleitung 1992 beseitigt, wie die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme. Dass dies eine offensichtliche Ungleichbehandlung ist und zu gravierenden Unterschieden in den Alterseinkommen gleicher Berufsgruppen führt, wird nicht gesagt. Man verzichtet meist darauf, diese Unterschiede konkret darzustellen.<sup>65</sup>

5. Schließlich darf bei all den hier aufgelisteten Benachteiligungen der ostdeutschen RentnerInnen nicht übersehen werden, dass ihnen im Vergleich zu Westrentnern gegenwärtig noch weitere 10% der ihnen zustehenden Rente vorenthalten werden.

Die Tatsache ist gut bekannt, dass die sogenannten »aktuellen Rentenwerte«, früher »Eckrentenwerte« genannt (die sich auf die Eckpunkte der nachgewiesenen Rentenjahre bezieht) zwischen Ost- und Westrenten nicht identisch sind. Diese im Einigungsgesetz beschlossene Differenz war unmittelbar nach der Vereinigung sehr groß, beinahe 50% Unterschied, sollte aber in wenigen Jahren beseitigt werden. Doch kommt der Angleichungsprozess nicht in dem ursprünglichen Zeitplan, sondern besonders seit 1997 nur sehr schleppend voran, was heute schon niemanden mehr überrascht. Die folgende Tabelle belegt das sehr anschaulich:

Tabelle 13: Angleichung der aktuellen Rentenwerte Ost an das Westniveau seit 1992

Ostwerte zu Westwerten in Prozent

1992	62,3	2001	87,1
1993	72,7	2002	87,8
1994	75,1	2003	87,9
1995	78,8	2004	87,9
1996	82,3		voraussichtlich
1997	85,2	2005	88,1
1998	85,5	2006	88,3
1999	86,7	2007	88,5
2000	86,8		

Quelle: Rentenbericht 2003. S. 40 und S. 79.

65 Unveröffentlichtes Manuskript von Ernst Bienert zur Kritik des Rentenberichts der Bundesregierung 2002.

1996 wurde vom Bundestag das Jahr 2013 als Ziel der vollen Punktgleichheit optimistisch angegeben. Dieses Datum ist heute längst unreal, denn »es lässt sich aus heutiger Sicht nicht angeben« wann das sein wird, wie im Rentenbericht 2002 offiziell zugegeben wird. Jeder ältere interessierte Leser kann sich selbst ausmalen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, die 100-prozentige Angleichung seiner Rente selbst noch zu erleben. Sollten sich diese minimalen jährlichen Zuwächse künftig fortsetzen, könnte es nach meiner Hochrechnung noch bis zum Jahre 2060 dauern, bis die ostdeutschen Rentner das Ende dieser Fahnenstange erreicht haben! Und dies, obgleich sie trotz grundgesetzlich garantierten gleichen Persönlichkeitsrechten, im 14. Jahr nach der Vereinigung immer noch auf 10% ihrer ihnen zustehenden Rente verzichten müssen.

Der aktuelle Rentenwert betrug 2003 für den westdeutschen Rentner 25,86 Euro, für den ostdeutschen aber nur 22,70. Das ist pro einzelner Renteneckpunkt noch ein Minus von 3,16 Euro für die Ostrentner! 1998 war das Verhältnis: 24,36 zu 18,13 Euro.<sup>66</sup>

Daraus ergibt sich heute noch für den im Osten lebenden Durchschnittsrentner ein monatlicher Minusbetrag von immerhin etwa 100 Euro, für die einzelne Ostrentnerin durchschnittlich von etwa 60 Euro gegenüber den vergleichbaren WestrentnerInnen! Würden demzufolge die ostdeutschen Rentner die ihnen laut Grundgesetz zustehenden Rentenbeträge ohne diese Kappungsbeträge erhalten, wie das z. B. bei Kriminellen mit langjährigen Strafen oder bei früheren SS-Generälen gehandhabt worden ist bzw. wird, dann müssten sehr viele von ihnen noch erheblich höhere Renten bekommen. Das wäre zwar gerecht, steht jedoch heute überhaupt nicht zur Debatte und würde den Unmut der Kritiker über die angeblich ungerechte und ungesetzliche Bevorzugung der ostdeutschen RentnerInnen weiter auf die Palme treiben.<sup>67</sup>

Wo bleibt da der in Deutschland so vielbeschworene und gesetzlich garantierte »Rechtsuniversalismus«? Sind westdeutsche und ostdeutsche Arbeitnehmer oder Rentner vor dem deutschen Recht wirklich gleichgestellt?

Reinhard Kreckel bekennt heute, dass er aus seinem Glauben an dieses Prinzip als Grundfeste des deutschen Rechtsstaates 1991 eine

---

66 Nach Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2003. S. 478.

67 Ausführlichere Informationen zu diesen Problemen der Rentenpolitik finden sich in Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 356ff. und vor allem in den Rentenberichten der Bundesregierung von 2002 und 2003.



zeitliche Prognose zur Angleichung ostdeutscher Einkommensverhältnisse an die westdeutschen abgeleitet habe, die sich jedoch so *nicht* bestätigt habe. Ein deutliches Warnsignal an alle, die normative Kraft auch des deutschen Rechtsstaates realistisch zu sehen und nicht zu idealisieren.

#### 4. Schlussbemerkungen

Die in dieser Analyse dargestellten Daten der West-Ost-Vergleiche dokumentieren übereinstimmend und anschaulich die großen Unterschiede in den finanziellen Lebenslagen der Menschen aus den alten und den neuen Bundesländern. In mehreren Tabellen wurden auch die finanziellen Verhältnisse zwischen den Geschlechtergruppen untersucht, dabei traten dort ebenfalls massive Mängel und Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen hervor. Frauen sind in unserer Gesellschaft immer noch finanziell auffallend stark benachteiligt.

Unsere Recherchen bestätigen, wie massiv und systematisch – die durch politische/rechtliche Festlegungen sanktionierten Maßnahmen – zu schwerwiegenden, teilweise stigmatisierenden Formen der sozialen Benachteiligung der Ostdeutschen, der Frauen noch mehr als der Männer, geführt haben. Von einer allseitigen Rechtsgleichstellung der Menschen im Osten kann noch keine Rede sein. Dabei handelt es sich durchaus nicht um Bagatellen, sondern um harte, die Lebensqualität und Entwicklungsperspektiven der Menschen tiefgreifend beeinflussende Faktoren wie Löhne und Gehälter, wie verschiedene Vermögensformen, wie Renten usw., von denen ihre Existenzsicherung unmittelbar abhängt.

Unsere Ergebnisse widersprechen zugleich den besonders in letzter Zeit häufiger geäußerten Meinungen, dass die Ostdeutschen ungerecht bevorzugt worden seien, sie zunehmend auf Kosten der alten Länder leben, somit deren wirtschaftliche Krisenerscheinungen und den drohenden »Absturz« mit verschulden. Das sind offenbar politisch motivierte Zweckbehauptungen, Legenden, die die Ostdeutschen diffamieren und zu sozialen Parasiten stempeln sollen.

Seit längerer Zeit sind sich zahlreiche deutsche Wirtschaftswissenschaftler einig, dass die rezessiven Symptome der wirtschaftlichen Entwicklung in den alten Bundesländern auch ohne die Ostförderung, den ostdeutschen Klotz am Bein, zustande gekommen wären. Die sich schon seit Mitte der 70er Jahre in der BRD ankündigende Wirtschaftsflaute, die nur durch den Bereicherungsboom unmittelbar nach der Vereinigung vorübergehend gestoppt worden ist, hat viele Ursachen, die sich nicht auf die Billion staatlicher West-Ost-Transfers reduzieren lässt. Sie ge-

hen vor allem auf jene wirtschaftlichen Prozesse zurück, die in der gegenwärtigen Phase der besonders rapid und radikal verlaufenden Globalisierungsprozesse die Weltwirtschaft strukturell verändern – wobei in Deutschland die neoliberalen Sozialreformen der Regierung mit voller, ja stimulierender Unterstützung der Oppositionsparteien eine erhebliche Rolle bei der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise im eigenen Lande spielen.

Die meisten Politiker hatten – wie man sich noch gut erinnern kann – mit der Vereinigung eine glänzende Entwicklung der neuen Bundesländer voraus gesagt. Helmut Kohl verkündete emphatisch Prognosen von den bald blühenden Landschaften. Er schrieb 1991: »In drei bis fünf Jahren ist unser großes Ziel erreichbar, nach der staatlichen Einheit auch die innere Einheit wirtschaftlich, sozial und ökologisch herzustellen [...] Alle werden persönlich erfahren, dass ihre Arbeit und ihr Einsatzwille gefragt sind.«<sup>68</sup> Was für eine kapitale Fehldiagnose – die man nur als Ausdruck einer unkontrollierten Siegerlaune, nicht jedoch einer nüchternen Lageeinschätzung eines Politikers deuten kann.

Nach einem wenige Jahre anhaltenden Angleichungsprozess (etwa bis 1995/96) stellte sich unübersehbar eine Stagnationsphase ein, die im wesentlichen bis heute anhält, teilweise sogar rückläufige Trends aufweist. Dies zeigt sich:

- in einer hohen Arbeitslosigkeit von etwa 18–20%, doppelt so hoch wie in den Westländern;
- in einer von Jahr zu Jahr zunehmenden Abwanderung junger und besonders leistungsstarker Menschen nach dem Westen, die dort nach einer Arbeitsstelle und nach dem bedeutend höheren westlichen Lohn- und Lebensstandard suchen. Nahezu zwei Drittel der seit 1990 über 2,5 Millionen Westmigranten waren jünger als 30 Jahre<sup>69</sup>.
- in dem wachsenden Verfall, der sozialen Verödung, der Überalterung der Bevölkerung in vielen ländlichen, auch kleinstädtischen Regionen des Ostens;
- in der, von einigen modernen industriellen Kerngebieten abgesehen, weit geringeren wirtschaftlichen Leistungskraft der Ostländer.

---

68 Zitiert nach Wolfgang Richter (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999. S. 497.

69 Vgl. dazu Reinhard Kreckel: Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Michael Bayer / Sören Petermann (Hg.): Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel. Festschrift für Heinz Sahner. Wiesbaden 2004.

Gemessen am Brutto-Inlands-Produkt (BIP) betrug der Wert aller Güter und Dienstleistungen des Ostens im Jahre 2003 immer noch nur wenig über 60% des Pro-Kopf-BIP der Westländer. Er liegt damit noch unter dem DDR-Niveau von 1989. Wird dieses gleich 100 gesetzt, betrug die Differenz 1991 = 60%, 1995 = 86%, 2002 auch erst 93%. Das kann selbstverständlich nur als Folge der (hier im Abschnitt 1 beschriebenen) flächendeckenden De-Industrialisierung bewertet werden.

Der BIP ist der bekannteste Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes und zeigt an, wo das Land bzw. eine Region wirklich steht und welche Perspektiven man ihnen einräumen kann.<sup>70</sup> »Realpolitisch gesehen sind die Chancen für einen volkswirtschaftlichen Aufholprozess zur westdeutschen BIP-Leistung theoretisch minimal und praktisch gleich Null [...] Eine wesentliche Verringerung der West-Ost-Kluft im BIP je Einwohner wird es aller Voraussicht nach weder bis 2010 noch bis 2015 oder 2020 geben.«<sup>71</sup>

Ulrich Busch ist der gleichen Auffassung, indem er sich Hax anschließt, der den Osten in einem »Gleichgewicht in der Schiefelage« sieht und dies als das ostdeutsche »Mezzogiorno-Syndrom« bezeichnet. Busch befürchtet eher »eine Zunahme der divergenten Entwicklung und die Abkoppelung des Ostens für eine lange Zeit«.<sup>72</sup>

Wo soll bei einer solch großen BIP-Differenz zum Westen ein selbsttragender wirtschaftlicher oder sozialer Aufschwung herkommen? Auch die industrielle Produktion erreicht heute in den Neuen Bundesländern noch nicht einmal die Kennziffern der DDR von 1989, sondern gerade mal 70%.<sup>73</sup> Eher deuten viele Anzeichen darauf hin, dass es in nächster Zukunft nicht zu mehr Konvergenz, sondern zu größerer Divergenz der Lebenslagen und Lebensstandarde der Menschen in den beiden Landesteilen kommen wird.

Unsere Untersuchung gibt mehrfach zu erkennen, dass die West-Ost Divergenzen der Arbeitseinkommen zahlreicher vergleichbarer Popula-

---

70 Vgl. Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«. S. 3 u. 10.

71 Karl Mai / Klaus Steinitz, Klaus: Ostdeutschland auf der Kippe. Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus (2004)1. S. 42, 41.

72 Busch, Ulrich: Mezzogiorno Ost. Na und? In: Berliner Debatte Initial. Berlin (2002)5–6. S.150f. Vgl. Herbert Hax: Gleichgewicht in der Schiefelage. Das Mezzogiorno-Syndrom. In: Zehn Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Perspektiven. Tagungsband. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Sonderheft (2001)2

73 Karl Mai / Klaus Steinitz, Klaus: Ostdeutschland auf der Kippe. Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus (2004)1. S. 3.

tionen, wie auch der Renteneinkommen mit zwar leichter, aber doch erkennbarer Tendenz sich sogar vergrößern. Der Aufbau Ost ist so gesehen, trotz positiver Resultate in einigen Bereichen, gemessen an den früheren Zielstellungen, als gescheitert anzusehen.

Das sind durchaus keine schwarzmalenden oder defätistischen Zustandsbeschreibungen der sozialen Situation der Ostdeutschen. Sie decken sich mit den Urteilen von Experten mit hoher Sachkompetenz, wie z. B.:

- von einem der »Wirtschaftsweisen«, Prof. Peter Bofinger, der kürzlich dem Düsseldorfer »Handelsblatt« freimütig gestand, er sehe den Aufbau Ost weitgehend gescheitert und es werde sich daran auch in den nächsten Jahren kaum etwas ändern. »Was den Osten betrifft, bin ich ganz offen gesagt, mit meinem Latein ziemlich am Ende«<sup>74</sup>;
- von dem Präsidenten des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München, Hans-Werner Sinn, der skeptisch feststellt: »Die ökonomische Wirklichkeit des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses liegt so weit von dem entfernt, was die verantwortlichen Politiker dem Volk in Aussicht gestellt haben, dass man die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Landesteile als gescheitert ansehen kann«<sup>75</sup>;
- von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der betonte: »Keine Partei hat ein Rezept, wie man die ostdeutsche Wirtschaft voran bringen kann [...] den Aufholprozess des Ostens wieder in Gang zu setzen«<sup>76</sup>;
- von dem ostdeutschen Wirtschaftsexperten Klaus Steinitz, der zu dem Schluss kommt, »dass es illusorisch ist, in absehbarer Zeit eine gesamtwirtschaftliche Ost-West-Angleichung und gleichwertige Lebensverhältnisse auf der Grundlage der eigenen Wirtschaftsleistung zu erwarten«<sup>77</sup>.

Restümierend wollen wir feststellen: Die in unserer empirischen Analyse angeführten West-Ost-Vergleiche belegen – mit nicht zu bezweifelnder Beweiskraft, aber eben deshalb auch in geradezu bedrückender Weise – die noch enormen Unterschiede in den finanziellen/materiellen Lebenslagen zwischen den Bürgern der alten mit den vor 14 Jahren vereinigten neuen Bundesländern. Sie vermitteln ein realistisches Bild von dem (laut unserer Thematik definierten) Bereich der finanziell-materiellen Unterschiede der Wirklichkeit im Osten und Westen Deutschlands. Sie

---

74 Nach »Neues Deutschland« vom 14. Juni 2004.

75 Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten? Düsseldorf 2003. S. 221.

76 Nach »Neues Deutschland« vom 16. Juni 2004.

77 Nach »Neues Deutschland« vom 2. Juli 2004.

decken damit zugleich auch die Relativität, die Illusionen und Irrtümer von Politikeraussagen auf.

Wagen wir abschließend einen Ausblick: Angesichts der weltwirtschaftlichen sowie der davon abhängigen sozialen und politischen Trendprozesse kann man sich für die nächste Zeit zu keinen optimistischen Prognosen verleiten lassen.

Deutschland, ein reiches, industriell beispielhaft hoch entwickeltes Land, Exportweltmeister, demonstriert der Welt gegenwärtig, dass es wie auch andere Länder eine Politik betreibt, die voll der Globalisierungsstrategie folgt und ihr den weiteren Weg ebnen soll. Wir wollen nur kurz folgende Merkmale hervorheben:

- Deregulierung und weitere Liberalisierung der Wirtschaft,
- Zurücknahme/Abbau des Sozialstaats,
- Schwächung/Denunzierung/Entmachtung politischer Gegenkräfte (Gewerkschaften, oppositioneller Parteien und Bewegungen),
- fortschreitende Umverteilung von unten nach oben (Steuersenkungen gegenüber der Wirtschaft, aber Kürzungen von diversen Sozialleistungen bei den unteren Schichten der Gesellschaft, einschließlich der Arbeitslosen und Rentner),
- Verschleierung der sozialpolitischen Ziele durch massive Propaganda,
- Inkaufnahme von politischer Lethargie, Wahlenthaltung, Vertrauensverlust gegenüber den demokratischen Werten und Strukturen der Gesellschaft, auch von Protesten bei großen Teilen der Bevölkerung.

In einer so charakterisierten Gesellschaft kann es keine strukturellen Entwicklungsprozesse hin zu einer Annäherung oder gar Überwindung sozialer Divergenzen bzw. Widersprüche geben. Sie sind überhaupt nicht vorgesehen, nicht vorprogrammiert. Schon gar nicht im Bereich der finanziellen/materiellen Güter. Also muss man erwarten, dass sich die Unterschiede zwischen den wohlhabenden Reichen und den sozial benachteiligten Schichten ungehindert weiter eskalieren werden. Auch die Vermögens- und Einkommensdifferenzen zwischen dem Westen und Osten in Deutschland werden sicherlich noch sehr lange, über Generationen hinweg fortbestehen.

Geht man von der gegenwärtigen Lage aus, muss man selbst die Angleichung der materiellen Lebenssituation der Geschlechter noch als langwierigen Prozess sehen – auch wenn Konvergenzverläufe in gewissen Teilbereichen hier eher möglich erscheinen.

Über den nationalen Rahmen hinaus sind ebenfalls nicht nur harmonisierende/homogenisierende, sondern (vielleicht auch sehr überra-

schende) divergierende Entwicklungen zu erwarten, sowohl zwischen den EU-Ländern wie auch in anderen internationalen Regionen. Davon wird Deutschland immer mit betroffen sein.

Der entscheidende Antriebsfaktor für die zu erwartenden zunehmenden Divergenzen in den genannten Bereichen ist das kapitalistische Profitstreben, dem unsere Welt mehr und mehr ungeschützt, ohne regulierende Kontrolle ausgeliefert ist.

Unsere bescheidene Folgerung aufgrund der Studie kann nur sein: die Verantwortlichen der verschiedensten Gesellschaftsbereiche (Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirchen etc.) sollten die wissenschaftlich erforschten Fakten und Trendprozesse genauer zur Kenntnis nehmen und sie im Sinne der sozialen Förderung aller Volksschichten besser als Grundlagen für die Programmatik und die entsprechenden konkreteren Konzeptionen und praktischen Maßnahmen nutzen.

Es gibt keinen einfachen Königsweg zu Fortschritten der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb vertreten die linksorientierten Autoren der »Arbeitsgruppe« den Standpunkt, eines komplementären strategischen Herangehens: sie fordern, die Lösung der Aufgaben und Probleme in der gegenseitigen Verflechtung und Durchdringung ihrer determinierenden Komponenten zu sehen und anzugehen. Dazu haben sie eine Vielzahl von wichtigen methodologischen Prinzipien und Vorstellungen für einen Kurswechsel in Ostdeutschland entwickelt. Unter anderem heben sie hervor: »Fortschritte auf dem Weg zu einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland setzen auch wichtige Veränderungen im System der Regulierung voraus, das Zurückdrängen allein marktwirtschaftlicher Regulierung und das Verstärken zivilgesellschaftlicher und staatlicher Einflüsse, vor allem auf den Gebieten der Forschung und der Investitionen, der Verbesserung der Auftragslage für ostdeutsche Unternehmen sowie bei der Herausbildung innovativer zukunftsfähiger Strukturen in den Regionen«. Das könne aber nur erreicht werden, wenn »die Menschen in Ostdeutschland einen höheren politischen Druck zur Wahrnehmung ihrer Interessen ausüben« und die Einsicht gefördert werde [...] dass diese wirtschaftlichen Schritte im Osten »auch im Interesse der Menschen in den alten Bundesländern liegt«. <sup>78</sup>

Ungeachtet der beschriebenen komplizierten gesellschaftlichen Situation, die nüchtern und illusionslos beurteilt werden muss, sollte diese Studie doch auch als ein Aufruf zum aktiven und organisierten Wider-

---

78 Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«. S. 24. Vgl. S. 20–24.

stand gegen die neoliberalistische Ideologie in Wirtschaft und Politik begriffen werden – ein Aufruf, der sich an jeden einzelnen Menschen richtet, im Sinne einer sozialen/ökologischen Modernisierung, entschieden gegen die kapitalistische Globalisierung aufzutreten.



## 5. Tabellenanhang

Tabelle 1: Individuelles Brutto-Monats-Einkommen von Angestellten und Arbeitern  
(Durchschnittswerte der Beschäftigten aus Industrie und dem Dienstleistungssektor, in Abhängigkeit vom West-Ost-Standort und vom Geschlecht, in Euro, 2001)

	West	Ost	Minusdiff. Ost	in %
Angestellte				
männl. Angestellte	3.546	2.721	- 825	76
weibl. Angestellte	2.506	2.036	- 470	81
Arbeiter				
männl. Arbeiter	2.531	1.855	- 676	74
weibl. Arbeiter	1.865	1.434	- 431	76

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2002. S. 559.

Tabelle 2: Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel, Kredit und Versicherungswesen, differenziert nach Angestellten und ArbeiterInnen  
(Daten aus 2001, in Euro)

	West	Ost	Ost in %
alle Angestellten	3.174	2.382	75
nur Männer	3.546	2.721	76,7
nur Frauen	2.506	2.036	81,2
alle ArbeiterInnen	2.440	1.788	73,3
nur Männer	2.531	1.855	73,3
nur Frauen	1.865	1.434	76,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2002. S. 559.

Auch hier zeigt sich, dass ostdeutsche Beschäftigte nur etwa ein Drei-Viertel-Einkommen gegenüber den westdeutschen Vergleichspopulationen erhalten sowie, dass weibliche Angestellte und Arbeiter im Vergleich zu den männlichen in West wie Ost nochmals ein Lohndefizit von 23–29% hinnehmen müssen.

Tabelle 3: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste im Handwerk – West-Ost-Vergleich (2003, in Euro)

	Westen	Osten	Ost in %
Maler und Lackierer	13,37	9,12	68
KFZ-Mechaniker	13,18	9,12	69
Klempner/Gasinstallateure	13,57	9,22	68
Elektroinstallateure	13,26	8,94	67
Tischler	13,19	8,58	65
Bäcker	12,12	7,59	63
Fleischer	12,10	7,82	65
<b>Arbeiter in Landwirtschaft</b>			
Insgesamt	10,73	7,18	72
Männer	11,15	7,27	65
Frauen	8,60	6,87	79

Quelle: <http://www.destatis.de>, aktualisiert im März 2003.

Ostdeutsche Handwerker werden im Vergleich zu westdeutschen noch schlechter entlohnt als Arbeiter in den meisten Industriebranchen. Ihre Stundenlöhne liegen im Durchschnitt unter der 70%-Marke.

Tabelle 4: Monatliche Brutto-Tariflöhne/Gehälter ausgewählter Berufs-/Tätigkeitsgruppen im West-Ost-Vergleich (2004, in Euro)

Berufe/Tätigkeit	Tarifbereich	West	Ost
Altenpfleger	Öffentl. Dienst	1600–1826	1440–1643
Arbeiter	Holzverarb. Ind.	1627	1161–1291
Arbeiter	Schlosserhandwerk	1515	1106
Arbeiter	Textilindustrie	1417	1106
Arbeiter	Druckindustrie	1759	1759
Arzt	Öffentl. Dienst	2745–4346	2471–3911
Arzthelfer		1309–1944	1113–1652
Buchhalter	Gaststättengewerbe	1600–1759	1482
Büroangestellter	Öffentl. Dienst	1445–1642	1300–1478
Dekorateur	Einzelhandel	2213	1450–1883
Empfangschef	Hotelgewerbe	2224–2439	1586
Fleischer	Fleischerhandwerk	1589–1889	1128–1326
Florist	Floristik	1170–1550	916–1036
Friseur	Friseurhandwerk	1097–1140	600–705
Ingenieur	Chem. Industrie	2828–4220	2226–3304
Koch	Hotel/Gaststätten	1600–1759	1197–1248
Konditor	Bäckerhandwerk	1518–1700	1190–1345
Krankenschwester	Öff. D. in Gemeinden	1843–2312	1658–2081
Kfz-Mechaniker	Kfz-Gewerbe	1610–2286	1606
Lokomotivführer	Deutsche Bahn	1689–2037	1520–1834
Näherin	Textilreinigung	1426	1251–1287
Oberkellner	Hotel/Gaststätten	2047–2243	1482
Schlosser	Handwerk	1719–1835	1328
Tankwart	Tankstellengewerbe	1542–1595	1211–1241
Tischler	Holzverarb.Ind.	1892	1453–1614
Verkäufer, gelernt	Fleischerhandwerk	1417–1628	1016–1194
Verkäufer, ungel.	Fleischerhandwerk	997–1133	956–1135
Zugbetreuer	Deutsche Bahn	1635–1683	1472–1515

Die Daten stammen aus der offiziellen Liste der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, veröffentlicht in »Bild« vom 26./27./28. Juli 2004, dort finden sich noch Angaben zu zahlreichen weiteren Berufen. Zu beachten ist hier ebenfalls: die tarifliche Wochenarbeitszeit kann im Osten bis zu drei Stunden länger vereinbart sein.

Tabelle 5: Durchschnittliches monatliches Haushaltseinkommen, differenziert nach Haushaltsgröße im Jahre 2003 - nur für den Osten

	Euro
Insgesamt	1.690
1-Person	942
2-Personen	1.738
3-Personen	2.038
4- und mehr P.	2.292

Quelle: Gunnar Winkler: Sozialreport 2004, S. 216.  
Dort finden sich weitere differenzierte Tabellen und Interpretationen zu unserer Thematik, allerdings nur auf den Osten bezogen.

## 6. Literatur

Andersen, Uwe: Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Schwalbach/Ts 2003

Arbeitsgruppe »Perspektiven für Ostdeutschland«: Ostdeutschland im 14. Jahr der Einheit – Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik ist notwendig! Berlin 2004. URL: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3104.pdf>

Bedau, Klaus-Dietrich: Auswertung von Statistiken über die Vermögensentwicklung in Deutschland. In: Beiträge zur Struktur- forschung. Heft 173. Berlin 1998

Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitrags- satzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB IV (Rentenversicherungsbericht 2002) und Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2002. Deutscher Bundestag – Drucksache 15/110. Berlin 2002

Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Schwankungsreserve sowie des jeweils erforderlichen Beitrags- satzes in den künftigen 15 Kalenderjahren gemäß § 154 SGB IV (Rentenversicherungsbericht 2003). Deutscher Bundestag – Druck- sache 15/2144. Berlin 2003

Busch, Ulrich: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002

Busch, Ulrich: Mezzogiorno Ost. Na und? In: Berliner Debatte Initial. Berlin (2002)5–6

- Busch, Ulrich: Die Waren kommen, die Menschen gehen. In: »Freitag« vom 16. April 2004
- Dahn, Daniela: Eine schimpfliche Feigheit hält uns alle zurück. In: »Freitag« vom 11. Juni 2004
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hg.): Sozio-oekonomisches Panel. Eine repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. URL: <http://www.diw.de/deutsch/sop/>
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. 3., überarbeitete Aufl. Wiesbaden 2002
- Hauser, Richard / Funke, Irene: Wird unsere Einkommensverteilung immer ungleicher? Einige Forschungsergebnisse. In: Döring, Dieter (Hg.): Sozialstaat in der Globalisierung. Frankfurt/M. 1999
- Hax, Herbert: Gleichgewicht in der Schiefelage. Das Mezzogiorno- Syndrom. In: Zehn Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Perspektiven. Tagungsband. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Sonderheft (2001)2
- Jürgs, Michael: Die Treuhändler. Wie Helden und Halunken die DDR verkauften. München/Leipzig 1998
- Kreckel, Reinhard: Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland. In: Bayer, Michael / Petermann, Sören (Hg.): Soziale Struktur und wissenschaftliche Praxis im Wandel. Festschrift für Heinz Sahner. Wiesbaden 2004
- Lebenslagen in Deutschland. Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht der deutschen Bundesregierung. URL: <http://www.bmgs.bund.de/de/sicherung/armutsbericht/ARBBericht01.pdf>
- Lebenslagen in Deutschland – Daten und Fakten. Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. 2001 URL: <http://www.bmgs.bund.de/de/sicherung/armutsbericht/ARBDatenFakten.pdf>

Luft, Christa: Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhänd. Zürich 1996

Mai, Karl / Steinitz, Klaus: Ostdeutschland auf der Kippe. Eine gesamtdeutsche Bilanz nach 13 Jahren. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus (2004)1

Nick, Harry: Die Schulden der Ostdeutschen. In: Richter, Wolfgang (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999

Nollmann, Gerd / Strasser, Hermann: Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu »Das Parlament« Nr. 29-30/2002

Ramonet, Ignacio: Die neuen Herren in der Welt. Zürich 1998

Richter, Wolfgang (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999

Schüssler, Reinhard / Funke, Claudia: Vermögensbildung und Vermögensteilung. Düsseldorf 2002

Schurich, Frank, R.: Wie Wirtschaftskriminelle am Aufbau Ost verdienen. In: Richter, Wolfgang (Hg.): Weißbuch. Enteignung der Ostdeutschen. Berlin 1999

Sinn, Hans-Werner: Ist Deutschland noch zu retten? Düsseldorf 2003

Statistisches Bundesamt. URL: <http://www.destatis.de>

Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1999.

Statistisches Bundesamt (Hg.). Datenreport 2002. 2. aktualisierte Ausgabe. [http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d\\_datend.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_datend.htm)

Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2002

Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2003

- Strasser, Hermann / Mehlkop, Guido: Reichtum in Deutschland. In: Gott und Geld. Jahrbuch der Religionspädagogik, Bd. 17. Neukirchen-Vluyn 2001
- Tesch, Joachim: Zur Vermögensverteilung in Deutschland und ihre Konsequenzen für die Politik. In: Utopie kreativ (1998)94
- Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Berlin 2000
- Wenzel, Siegfried: Was kostet die Wiedervereinigung? Berlin 2003
- Wiesenjahn, Ilona: Die Übernahme des ostdeutschen Bankensystems – Ein Milliardengeschäft für westdeutsche Großbanken. In: ICARUS. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte 4(1998)3
- Winkler, Gunnar: Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin 1993
- Winkler, Gunnar (Hg): Sozialreport 2004. Berlin 2004



